Heft 59 | Mai 2014 | www.perspektive21.de

perspektive21

Brandenburgische Hefte
für Wissenschaft und Politik

MAGAZIN

Dietmar Woidke
Mein Brandenburg-Plan

Klaus von Dohnanyi
Was sie in die Knie zwingt

DAS STRASSENSCHILD

Anne Böttcher
über **Marie Juchacz**
Die Erste

SCHWERPUNKT

AUFSTIEG ORGANISIEREN

Der Vorsorgende Sozialstaat in Brandenburg

Sylvia Lehmann und Thomas Günther
Von Anfang an

Patrick Diamond
Mehr als nur Bildung

Theresa Damm und Ruth Müller
Soziale (Un)gerechtigkeit
hat viele Gesichter

Tilo Wendler und Tina Gillmeister
Mehr Chancengleichheit für
Benachteiligte

Simone Weber-Karpinski
Wahre Heldinnen

Wolfgang Schroeder
Türöffner in ein
selbstbestimmtes Leben

Eine persönliche Bestandsaufnahme

224 Seiten,
gebunden

20 Jahre nach der friedlichen Revolution von 1989:

Wie viel Einheit haben wir erreicht? Welchen Aufbruch braucht Deutschland jetzt?

Vor 7 Jahren hat die Brandenburger SPD begonnen, ihr Konzept eines modernen Vorsorgenden Sozialstaates zu entwickeln. Die Idee des Vorsorgenden Sozialstaates hat weit über die Grenzen Brandenburgs hinaus großes Interesse gefunden. Nicht nur die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen unter Hannelore Kraft bezieht sich in ihrer Politik auf dieses Konzept, selbst in das neue Grundsatzprogramm der SPD hat dieser Ansatz Eingang gefunden.

Insbesondere aber in der konkreten Landespolitik Brandenburgs wird deutlich, dass die Idee des Vorsorgenden Sozialstaates nicht nur ein spannender theoretischer Ansatz ist, der einige Menschen im Elfenbeinturm der Sozialstaatsphilosophie begeistert, sondern konkrete Auswirkungen für die Lebenschancen vieler Menschen hat. Als Stichworte seien hier nur das Brandenburger Schüler-BAföG, das Netzwerk Gesunde Kinder oder das Projekt Türöffner Jugend/Beruf genannt.

In dieser Ausgabe der *Perspektive 21* ziehen wir eine erste Bilanz und wollen einen Blick in die Zukunft werfen. Dabei möchten wir Ihnen vor allem den Beitrag von Wolfgang Schroeder empfehlen. Nachdem wir in den vergangenen Jahren große Aufmerksamkeit auf das Kindesalter gelegt haben, beschreibt er eine neue Herausforderung: bessere Übergänge von der Schule in den Beruf. Und Dietmar Woidke skizziert in seinem sehr lesenswerten Beitrag, wo er – auch jenseits vorsorgender Gesellschafts- und Sozialpolitik – die politischen Schwerpunkte Brandenburgs in den kommenden Jahren sieht.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Klara Geywitz *Klaus Ness*

MAGAZIN

7 Mein Brandenburg-Plan
Fortschritt, Fairness und Sicherheit für alle
von Dietmar Woidke

13 Was sie in die Knie zwingt
Nur mit Verhandlungen wird die Ukraine-Krise beherrschbar werden
von Klaus von Dohnanyi

DAS STRASSENSCHILD

19 Die Erste
Anne Böttcher über **Marie Juchacz**

SCHWERPUNKT

AUFSTIEG ORGANISIEREN | DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT IN BRANDENBURG

21 Von Anfang an
Eine Zwischenbilanz der Vorsorgenden Sozial- und Gesellschaftspolitik in Brandenburg
von Sylvia Lehmann und Thomas Günther

33 Mehr als nur Bildung
Wie mit einer Strategie der Vor-Verteilung steigende Ungleichheit bekämpft werden kann
von Patrick Diamond

41 Soziale (Un)gerechtigkeit hat viele Gesichter
Die verschiedenen Ausprägungen von Armut in Deutschland
von Theresa Damm und Ruth Müller

47 Mehr Chancengleichheit für Benachteiligte
Ergebnisse empirischer Forschung zum Brandenburger Schüler-BAföG
von Tilo Wendler und Tina Gillmeister

55 Wahre Heldinnen
Über Brandenburger Reichtum, Familienpaten und den Erfolg der Netzwerke Gesunde Kinder sprach Thomas Kralinski
mit Simone Weber-Karpinski

63 Türöffner in ein selbstbestimmtes Leben
Wie ein neues Projekt gegen Fachkräftemangel für neue Chancen von Jugendlichen sorgt
von Wolfgang Schroeder

Mein Brandenburg-Plan

Fortschritt, Fairness und Sicherheit für alle — Von Dietmar Woidke

Lassen Sie uns über Brandenburg reden. Was liegt hinter uns? Wo stehen wir heute? Und vor allem: In welche Richtung soll es in Brandenburg weitergehen? Das sind die Fragen, die mich seit 20 Jahren bewegen.

I. Es gibt einen entscheidenden Grund dafür, dass ich mich Mitte der neunziger Jahre dazu entschloss, *in* Brandenburg und für Brandenburg in die Politik zu gehen: Was mich damals am meisten antrieb, war der Wunsch, etwas gegen die tiefe Hoffnungslosigkeit zu tun, die sich überall im Land breitgemacht hatte. In meiner Heimatstadt Forst erlebte ich das ganz hautnah. Hier war damals jeder und jede Zweite ohne Arbeit. Die einst so stolze Textilindustrie war binnen kürzester Zeit zusammengebrochen, die Energiewirtschaft auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Mit der Ansiedlung neuer Unternehmen und Arbeitsplätze kamen wir nicht ansatzweise hinterher. Hunderttausende Menschen verließen deshalb in den neunziger Jahren unser Land. Die meisten von ihnen waren gut ausgebildet und suchten ganz einfach einen Arbeitsplatz, eine Perspektive, einen Ausweg aus der Misere. In Brandenburg fanden sie dies alles damals noch viel zu selten. Kein Wunder, dass sich in dieser wirtschaftlich sehr schwierigen Zeit die Zahl der Neugeborenen halbierte. Keine Hoffnung, keine Kinder, keine Zukunft – dieses bedrückende Gefühl legte sich in jenen Jahren schwer auf unser Land.

Optimistisch nach vorn blicken

Heute, gute zwei Jahrzehnte später, haben wir guten Grund, optimistisch nach vorn zu blicken. Die Arbeitslosigkeit in Brandenburg ist schneller gesunken als irgendwo sonst in Deutschland. In den vergangenen Jahren sind bei uns fast 80.000 neue und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Bereits seit drei Jahren nimmt das Land Brandenburg keine neuen Kredite mehr auf, und aus den Überschüssen im vorigen Jahr haben wir jetzt erstmals sogar Schulden zurückgezahlt. Das entlastet uns, unsere Kinder und unsere Enkel. Was mich aber am meisten

freut: Inzwischen kehren Brandenburger und Brandenburgerinnen zu uns zurück, die in früheren Jahren abgewandert waren. Sie haben erkannt, wie gut sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen in unserem Land in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Sie glauben an die Zukunft ihrer Heimat. Und sie helfen uns mit ihren Erfahrungen, Brandenburg zu einem noch lebenswerteren Land zu machen.

Brandenburgs neue Attraktivität ist aber keine Selbstverständlichkeit. Und erst recht müssen wir der Versuchung widerstehen, uns auf den Erfolgen der vergangenen Jahre auszuruhen. Die Grundfragen für die kommenden Jahre lauten: Haben wirklich alle Menschen im Land die Chance, ihre Ziele im Leben zu erreichen? Steht allen Kindern in allen Landesteilen der gleiche Zugang zu guter Bildung und Ausbildung offen – und damit den Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben? Was müssen wir noch tun, um Brandenburg zu einem auf Dauer besonders lebenswerten und sicheren Land mit Zukunft zu machen?

Ob gute Arbeit zu Hause ist

Damit sind zugleich die wichtigsten Herausforderungen beschrieben, auf die mein Brandenburg-Plan klare Antworten gibt. Ich will, dass wir in Brandenburg gemeinsam alles dafür tun, dass gute Arbeit hier bei uns zu Hause ist. Es geht um gute, sichere und zukunftsträchtige Arbeitsplätze, die hart arbeitende Fachkräfte hier halten und neue anziehen. Es geht um moderne Bildungs- und Familienpolitik, die unseren Kindern und Enkeln echte Chancen eröffnet – und zwar überall im Land.

II. Was mir besonders wichtig ist: Brandenburg darf auf keinen Fall in zwei Hälften zerfallen, in das Berliner Umland auf der einen und die ländlichen Regionen auf der anderen Seite. Unser Brandenburg besteht aus vielen Regionen, aber wir sind ein zusammengehöriges Land. Die Wahrheit ist doch: Unser Berliner Umland und unsere äußeren, eher ländlichen Regionen profitieren voneinander. Die meisten industriellen Kerne Brandenburgs befinden sich außerhalb des Berliner Autobahnrings. Das gleiche gilt für die großen Natur- und Tourismusregionen unseres Landes. Und in der Mitte von Brandenburg liegt eine der derzeit interessantesten und am schnellsten wachsenden Metropolen Europas. Es gilt die Faustregel: Je attraktiver Berlin wird, desto besser geht es auch Brandenburg – und zwar insgesamt. Kein anderes Flächenland der Bundesrepublik hat einen derartigen Vorteil aufzuweisen. Das macht Brandenburg zu einem der spannendsten Bundesländer überhaupt.

Aber klar ist: Die Entwicklungen In den verschiedenen Landesteilen verlaufen tatsächlich unterschiedlich. Diese Spannung lässt sich allerdings produktiv nutzen, sofern wir in Brandenburg ein hohes Maß an innerer Solidarität an den Tag legen und Verständnis für die unterschiedlichen Bedürfnisse unserer Regionen aufbringen. In einigen Landesteilen werden wir den Neubau von günstigen Wohnungen fördern, in anderen müssen wir schwach ausgelastete Bahnstrecken unterstützen. Unser Ziel dabei ist immer dasselbe: Gute Lebenschancen für alle Brandenburger in allen Landesteilen!

Wenn wir über Lebenschancen reden, dann muss es zuallererst um eine vernünftige Bildungs- und Familienpolitik gehen. In den vergangenen fünf Jahren haben in Brandenburgs Kitas 1.000 zusätzliche Erzieherinnen (leider waren es fast ausschließlich Frauen) ihre verantwortungsvolle Arbeit aufgenommen. Bei den Ausgaben für die frühkindliche Bildung steht unser Land heute im Vergleich aller Bundesländer sehr weit oben auf Platz 2. Unsere Aufwendungen pro Kind sind um stolze 50 Prozent gewachsen.

Ich möchte, dass wir in den nächsten fünf Jahren noch einmal 1.000 zusätzliche Erzieherinnen (und dann hoffentlich auch mehr Erzieher) einstellen. Dabei wollen wir uns darauf konzentrieren, die Kitagruppen für die Kleinsten – die ein- bis dreijährigen Kinder – zu verkleinern. Denn alle einschlägigen Studien zeigen: Je früher man Kinder fördert, umso besser ist das Geld angelegt, weil es sich in besseren Ergebnissen niederschlägt.

Es geht um mehr Lebenschancen

Noch herausgehobener als bereits in den vergangenen Jahren soll künftig auch die Rolle der Brandenburger Netzwerke Gesunde Kinder ausfallen. Diese bundesweit einmaligen Netzwerke zwischen Kinderärzten, Hebammen, Kitas, Ämtern und ehrenamtlichen Paten sind ein besonderes Markenzeichen Brandenburger Familienpolitik geworden. Die Mittel für die Netzwerke werden wir deshalb verdreifachen. So können wir deren enormes Potential für bessere Zukunftschancen und größeren gesellschaftlichen Zusammenhalt noch mehr Familien zugutekommen lassen.

Besonderes Augenmerk werden wir auch auf die weitere Verbesserung unserer Bildungseinrichtungen legen. Dabei geht es um zweierlei. Zum einen stehe ich persönlich dafür ein, dass während meiner Amtszeit in Brandenburg Schulfrieden herrschen soll. Mit mir als Ministerpräsident wird es in unserem Land in den kommenden fünf Jahren keine weiteren Veränderungen der Schulstrukturen geben. Gleichzeitig jedoch wollen wir im Inneren unserer Schulen für jede Menge frischen Wind sorgen,

indem wir 4.000 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen werden – so viele wie noch nie seit 1990. Einen Großteil der Neueinstellungen wollen wir bereits am Anfang der neuen Wahlperiode vornehmen, weil wir wissen, dass die Konkurrenz um neue Lehrkräfte in Deutschland groß ist.

Mit 400 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern wollen wir Unterrichtsausfall wirkungsvoller als bisher bekämpfen und zugleich die individuelle Förderung so ausbauen, dass der Anteil der Schüler ohne Abschluss weiter sinkt. Denn jeder junge Mensch in Brandenburg wird gebraucht. Wir können es uns ganz einfach nicht leisten, auch nur einziges Talent unentdeckt zu lassen. Das ist auch der Grund, weshalb wir das Brandenburger Schüler-BAföG eingeführt haben, das inzwischen bereits über 5.000 Schülerinnen und Schülern aus einkommensschwachen Familien geholfen hat, ihr Abitur zu machen.

Auf Arbeit und Beruf vorbereiten

Auf diesen großen Erfolg unserer Politik für bessere Lebenschancen in Brandenburg bin ich besonders stolz. Umso ratloser stehe ich vor der Frage, warum die CDU das Brandenburger Schüler-BAföG wieder abschaffen will. In manchen Regionen unseres Landes profitiert heute bereits bis zu einem Drittel aller Schülerinnen und Schüler von dieser wichtigen Unterstützung. Und eigentlich herrscht doch überall Einigkeit darüber, dass wir in Brandenburg dringend mehr gut qualifizierte junge Leute brauchen. Die CDU dagegen propagiert die mehr als befremdliche Logik: „Sollen die jungen Leute doch alleine klarkommen." Dies hat mit meinem Politikverständnis nichts zu tun. Ich werde stattdessen dafür sorgen, dass wir das Schüler-BAföG ausbauen und auch um eine Leistungskomponente ergänzen: Wer gute Noten nach Hause bringt, soll einen Aufschlag auf das Schüler-BAföG bekommen.

III. Was die Förderung von Kindern und Schülern angeht, sind wir in Brandenburg also bereits gut vorangekommen. Die Hände in den Schoß legen dürfen wir aber auf keinen Fall. In den kommenden Jahren werden wir vor allem unsere Anstrengungen erhöhen müssen, Schülerinnen und Schüler besser auf Arbeit und Beruf vorzubereiten. Ich habe hier ein ganz handfestes Ziel: Jeder junge Mensch in Brandenburg soll am Ende einen Berufsabschluss oder die Hochschulreife in der Tasche haben. Viel zu hoch ist immer noch die Zahl derjenigen, die eine Berufsausbildung zwar anfangen, dann aber nicht abschließen. Deshalb werden wir zusammen mit der Brandenburger Wirtschaft Netzwerke aufbauen, die junge

Menschen gezielt fördern und auf den Beruf vorbereiten. Wir werden dafür Brandenburger Jugendberufsagenturen schaffen, in denen verschiedene Behörden unter einem Dach arbeiten, um aus einer Hand Berufsorientierung und Berufsberatung anzubieten. Und wir werden das „Praxislernen“ zu einem „Unterrichtstag in der Wirtschaft“ weiterentwickeln.

Politik kann nicht alle Probleme lösen. Aber sie kann entscheidende Weichen stellen, Partner an einen Tisch bringen und gemeinsame Ziele definieren helfen. Mit unserer „Brandenburger Sozialpartnerschaft“ haben wir genau das getan: Unternehmensverbände, Gewerkschaften und die Landesregierung sitzen dabei an einem Tisch und beraten darüber, wie sie – zum gemeinsamen Nutzen – die Bedingungen für Wirtschaft und Arbeit in unserem Land weiter verbessern können. Wir Brandenburger Sozialdemokraten wissen: Nur starke Sozialpartner sind in der Lage, vernünftige Löhne auszuhandeln, kluge Fachkräftesicherung zu betreiben, die Bedingungen für Weiterbildung zu verbessern oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Nur miteinander wird es uns gelingen, die Attraktivität des Brandenburger Arbeitsmarktes weiter zu erhöhen, nur gemeinsam werden wir wirtschaftlich erfolgreich sein. Deshalb will ich als Ministerpräsident alles dafür tun, damit Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammen die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten weiter erhöhen. Die Politik kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Zum Beispiel, indem wir unsere Hochschulen mit zusätzlichen 75 Millionen Euro ausstatten. Dieses Geld werden wir vorrangig dafür verwenden, duale Studiengänge einzurichten und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen zu verbessern.

Sozialen Aufstieg für jeden ermöglichen

Genau das ist es auch, was wir brauchen, wenn wir im Land auch in Zukunft Industriearbeitsplätze erhalten und neu schaffen wollen. Die schwierigen Nachwendejahre, aber auch die jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrisen haben gezeigt, wie grundlegend die industrielle Wertschöpfung für jede zukunftsfähige Wirtschaft ist. Ohne Stahl und Strom gibt es keine Autos, keine Windräder, keine Computer. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir – gerade auch vor dem aktuellen Hintergrund internationaler Krisen – auf unseren heimischen Energieträger Kohle setzen. Die knapp 100.000 Industriearbeitsplätze in Brandenburg sind ein Pfund, mit dem wir in den kommenden Jahren noch stärker wuchern müssen, indem wir beispielsweise mehr ausländische Märkte erschließen.

IV. In diesem Jahr sind seit der friedlichen und freiheitlichen Revolution in der DDR 25 Jahre vergangen. Revolution, Maueröffnung, Vereinigung – diese Umbrüche ermöglichten zugleich die Wiedergeburt Brandenburgs. Gemeinsam haben wir Brandenburgerinnen und Brandenburger seitdem unter schwierigen Bedingungen unser Land aufgebaut. Heute sehen wir: Es ist ein richtig gutes, es ist ein tolles Land geworden, das da entstanden ist. Und Brandenburg steht deshalb heute so gut da, weil den Menschen im Land drei Dinge immer besonders am Herzen lagen: Fortschritt, Fairness und Sicherheit.

Genau das sind auch die Leitmotive, die meinem Brandenburg-Plan zugrundeliegen. Dabei bedeutet Fortschritt für mich: Hier bei uns in Brandenburg muss jeder einzelne Mensch die Chance zu sozialem Aufstieg und zu freier Entfaltung bekommen, auch weil wir dadurch alle gemeinsam gewinnen. Fairness heißt für mich vor allem, dass anständige Arbeit auch anständig bezahlt wird und nirgendwo in Brandenburg ein Kind den Kürzeren zieht, nur weil seine Eltern weniger besitzen als andere. Sicherheit schließlich heißt für mich nicht nur soziale Sicherheit, sondern auch Schutz von Leib und Leben, sichere Straßen und Plätze überall im Land. Denn nur wo Menschen in ihrem Alltag auf Sicherheit vertrauen können, wird es auf Dauer eine freiheitliche und lebenswerte Gesellschaft geben.

Fortschritt, Fairness, Sicherheit – diese Grundsätze sind mein Kompass für Brandenburg. Dafür will ich in den kommenden Monaten mit Leidenschaft streiten, dafür will ich als Ministerpräsident in den kommenden Jahren mit Augenmaß weiter arbeiten. Aus Verantwortung für unser Land. ▌

DR. DIETMAR WOIDKE
ist Ministerpräsident des Landes Brandenburg und Landesvorsitzender der SPD.

Was sie in die Knie zwingt

Nur mit Verhandlungen wird die Ukraine-Krise beherrschbar werden — Von Klaus von Dohnanyi

Im verbündeten Westen gibt es unterschiedliche Meinungen zur Lösung der Ukraine-Krise, obwohl wir in der Analyse der Ursachen übereinstimmen: Die Revolution in Kiew hat Russland beunruhigt, aber das Referendum auf der Krim war dennoch illegal und nach der Verfassung der Ukraine unzulässig. Die Annexion verstieß gegen das Völkerrecht; Russland hatte 1994 im Budapester Protokoll die territoriale Integrität der Ukraine einschließlich der Krim garantiert. Und ohnehin kann die streitige Übernahme des Teiles eines anderen Staates nicht rechtens sein.

Die Annexion der Krim gefährdet auch den Frieden in der Welt: Sprachliche Minderheiten jenseits einer Grenze dürfen nicht zum Vorwand für Landnahme werden. Das würde schnell in eine sehr unfriedliche Welt führen. Die heutigen Unruhen in der Ostukraine sind bereits eine gefährliche Folge des Beispiels Krim.

Verstehen heißt nicht billigen

Aus russischer Gefühlslage lässt sich die Annexion allerdings verstehen: 1783 von Katharina der Großen den Tataren entrissen, gehören Krim und ihr Hafen Sewastopol kulturell etwa so eng zu Russland wie Florida und Miami zu den USA. Ein Willkürakt von Chruschtschow schlug die Krim 1954 zwar zur Ukraine, und jene folgte ihr dann Anfang der neunziger Jahre in die Unabhängigkeit einschließlich Sewastopol. Russland hatte für Sewastopol dann nur noch einen zeitlich begrenzten Pachtvertrag. 20 Jahre Teil der Ukraine gegenüber mehr als 200 Jahren Teil Russlands: Das erklärt sogar Gorbatschows nachdrückliche Unterstützung der Annexion.

Kulturell gespalten gab es im Westen der Ukraine schon vor der *Orangenen Revolution* Versuche die Ukraine einseitig an EU und NATO zu binden. Der Osten der Ukraine, eher nach Russland orientiert und die dortigen Interessen Russlands waren aufgeschreckt: Sewastopol auf NATO-Gebiet – ein schwerer Schlag für den russischen Nationalstolz.

Diese Zusammenhänge zu verstehen, heißt nicht die Annexion zu billigen. Tout comprende ist *nicht* tout pardonner! „Putin-Versteher“ im Krimkonflikt sind keine

Befürworter seiner Politik. Aber bei jedem Konflikt muss man versuchen die Sicht beider Seiten im Auge zu behalten.

Gerade für die USA sollte Putins Lagebeurteilung so schwer verständlich nicht sein. Als Fidel Castro 1959 die Macht auf Kuba gewann, kam er den USA so nahe, dass Kennedy 1961 einen militärischen „Befreiungsversuch“ unternahm. Lange Wirtschaftsembargos folgten. Und auch US-amerikanische Interventionen im Iran 1953 (Sturz Mossadegh) oder Chile 1973 (Sturz Allendes) könnte man erinnern.

Jedoch Verständnis hin oder her - Putins Schritt bleibt gefährlich. Denn wohin könnte russischer Nationalismus in anderen Regionen Osteuropas noch führen? Hat Putin weitere „Grenzbereinigungen“ vor? Treibt er die Unruhen in der Ostukraine voran?

Zwei strategische Überlegungen

Aus historischer Erfahrung neigen wir dazu, Russland gefährliche Absichten zu unterstellen. Will Putin aber wirklich – oder wollte er jemals – den Ostteil der Ukraine besetzen und annektieren? Kann er ein Interesse an einem möglichen ukrainischen Bürgerkrieg haben? Oder hat vielleicht Brzezinski, der frühere Sicherheitsberater von Präsident Carter, recht, wenn er eine „Finnlandisierung“ der Ukraine als das wahre Ziel Putins vermutet? Wir wissen es nicht.

Im Lager der verbündeten westlichen Staaten gibt es angesichts dieser Ungewissheiten zwei unterschiedliche strategische Überlegungen: Die eine, heute eher USA-geprägt, lautet: Stärke zeigen, NATO-Präsenz an die Grenzen bringen; Russland „bestrafen“. Und wenn Putin nicht nachgibt: Schärfere „Strafen“, Kontakte weiter abbauen und Truppen der USA an den Grenzen zu Russland stationieren. Könnte aber die NATO heute die Grenzen Osteuropas ohne Einsatz von Atomwaffen überhaupt verteidigen? Ehrliche Antworten sind gefragt.

Die andere Strategie, eher der deutschen Position nahe, lautet: Die völkerrechtliche Verurteilung der Annexion aufrechterhalten, aber Spannungen durch Gespräche und Verhandlungen entschärfen; politische Zusammenarbeit und Handel fortführen und geduldig daran arbeiten, dass sich auch in Russland zivilgesellschaftliche Interessen und völkerrechtliche Grundsätze durchsetzen werden. Hat das eine Chance?

Die Geschichte lehrt jedenfalls: Russland mit militärischen Mitteln zurückzudrängen war noch nie erfolgreich. 1812 kehrte Napoleon geschlagen aus Moskau zurück, auf dem Wiener Kongress 1815 war dann Zar Alexander I. die mächtigste Figur. Als nach der russischen Revolution 1917 die sogenannte Weiße Arme aus

Engländern, Franzosen und auch deutschen Truppen versuchte, den Bolschewismus zu besiegen, musste sie ergebnislos aufgeben. Und als der polnische Präsident Pilsudski 1920 sogar kurzfristig Kiew eroberte, war er am Ende froh, mit französischer Hilfe Warschau vor den bolschewistischen Truppen retten zu können. Auch Hitler drang fast bis Moskau vor – aber schließlich standen die Russen in Berlin!

Wenn wir heute immer schärfere Töne von Washington und NATO hören, dann sollten wir ebenfalls daran erinnern, dass die USA gegenüber Russland auch mit lauten Worten noch nie erfolgreich waren. So haben sie zwar die Aufständischen in der DDR (1953) in Ungarn (1956), in der ČSSR (1968) und 1980 in Polen propagandistisch ermutigt, mussten aber am Ende jedes Mal hilflos zusehen, wie diese niedergewalzt wurden. Kissinger schreibt dazu in seinen Memoiren: „Unsere Sünde war nicht gewesen, dass wir diese Völker betrogen hatten; wir hatten vielmehr Erwartungen geweckt, die wir nicht erfüllen konnten“. Sind USA und NATO nicht wieder auf diesem Weg? Jetzt eröffnen sie sogar (so Christiane Amanpour auf CNN) einen „Krieg der Worte“ gegen Russland, und Washington hat hierfür bereits einen Staatssekretär ins Außenministerium berufen. Aber was wird das bewirken, außer die Krise zu verschärfen?

Verhandlungen schaffen Vertrauen

Nur einmal gelang es nämlich in den letzten 200 Jahren die Grenzen Russlands erfolgreich nach Osten zurückzudrängen: durch Entspannungspolitik. Es waren nicht Waffen und die Sowjetunion brach auch nicht wegen des Rüstungswettlaufes zusammen; das kommunistische System Russlands war so wenig lebensfähig, wie das System Chinas, das eben auch ohne Rüstungswettlauf zum Staatskapitalismus mutierte. Aber die Entspannungspolitik, energisch vorangetrieben von der Bundesrepublik und von Willy Brandt, zunächst als Außenminister und später als Bundeskanzler, nutzte diese innere Schwäche der Sowjetunion und war am Ende erfolgreicher als alle Drohungen der USA.

Durch Verhandlungen zunächst Vertrauen schaffen und schließlich mit immer weiterreichenderen Vereinbarungen eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte in Russland bewirken – die Früchte dieser Bemühungen ernteten Kohl und Gorbatschow 1990. Worte, nicht Waffen befreiten auch Mitteleuropa – Verhandlungen und nicht die NATO! Diese blieb Schutzschild, nicht mehr. Das könnte und sollte sie auch heute sein.

Doch wie viel Widerstand und Skepsis von Seiten der USA begegnete uns! Kissinger gesteht inzwischen, auch er habe sich erst mühsam von der deutschen Entspannungsstrategie überzeugen müssen. Und Willy Brandt musste sich ständig gegen die Zumutung sinnloser Wirtschaftssanktionen wehren.

Und heute? Gewiss, ein „lupenreiner Demokrat" ist Putin nicht. Würde er es vielleicht gerne sein, wenn auch Russland es schon sein könnte? Schwer zu sagen. Bei meinen häufigen Kontakten mit russischen Wirtschaftsführern, Rechtsanwälten, Regionalpolitikern und Wissenschaftlern höre ich jedenfalls immer öfter diese eine Kritik: Man verstehe im Westen offenbar nicht, wie groß die rechtsstaatlichen Fortschritte unter Putin schon seien, wo es doch vor 20 Jahren in Russland kein geordnetes bürgerliches Recht, keinen geregelten Strafprozess, keine funktionsfähigen Gerichte und keinerlei regionale Selbstverwaltung – um nur einige Beispiele zu nennen – gegeben habe. Und ich höre dies nicht nur von jungen, meist westlich ausgebildeten Russen; ich höre das auch von vielen Deutschen, die in Russland arbeiten.

Könnten wir diese Entwicklung nicht nutzen, auch um die Genfer Vereinbarungen zur Lösung der Ukraine-Krise umzusetzen? Auch hier sind nämlich Geduld und Verständnis notwendig, denn beide Seiten sind nicht immer Herren ihrer Rebellen. Könnte denn Putin die Separatisten im Osten der Ukraine so ohne weiteres zurückpfeifen? Kann Obama die Rechtsradikalen aus der Kiew-Regierung drängen? Kann er Netanjahu zur Aufgabe der Siedlungspolitik bewegen? Oder in den USA das Tragen von Schnellfeuerwaffen verbieten?

Wie es weitergehen kann

Innenpolitik bestimmt heute in den USA und in Russland auch die Ukraine-Politik, vielleicht sogar besonders in den USA. Denn dort sieht es so aus, als werde Obama die Zwischenwahlen im Herbst deutlich verlieren und seine Gegner drängen immer mehr auf Härte und Stärke in der Außenpolitik. Geht es also gar nicht nur um „Putin-Versteher", sondern auch um „Obama-Versteher"?

Wie kann es nun weitergehen? Um der Einigkeit im Westen willen musste Deutschland wohl den ersten Sanktionen zustimmen. Aber weiter so lieber nicht. Der Abbruch der Gespräche, auch innerhalb der G8, war kein Fortschritt: Mit Russland können wir nur vorankommen, wenn wir geduldig gemeinsame Interessen suchen und formulieren. Heute heißt das: Keine Aufteilung der Ukraine, aber auch keine Ukraine in der EU oder in der NATO. Wirtschaftsöffnung der Ukraine zur EU, ohne aber Putin an einer Öffnung zu seiner Zollunion zu hindern. Berücksichtigung auch

russischer Industrieinteressen in der Ost-Ukraine. Europa braucht eine gesunde Ukraine; und das wird teuer genug für beide Seiten.

Diese Politik nur als einen Vorwand für wirtschaftliche Interessen oder Gasabhängigkeiten zu interpretieren, zeigt wenig Kenntnis europäischer Erfahrung. Und wer glaubt, ein national erregtes Russland über Wirtschaftssanktionen in die Knie zwingen zu können, der sollte vielleicht erinnern, was die viel, viel schmerzhafteren Bombardierungen Deutschlands am Ende beim Volk wirklich erreichten!

Die USA verstehen eben wenig von Europa (siehe Rumsfelds „Mars oder Venus"). Sie vermissen zwar bei uns die *eine* Telefonnummer und beklagen unsere schwerfälligen Entscheidungen, zugleich betreiben sie aber aus geopolitischen Interessen den EU-Beitritt von Ukraine und Türkei, ohne zu bedenken (oder besser: zu verstehen!), was dies wohl für Sicherheit und Handlungsfähigkeit Europas bedeuten müsste.

Europa ist anders als die USA: nicht zusammengewachsen aus *einer* einzigen Wurzel; nicht *eine* Landessprache gilt bei uns; nicht *eine* Geschichte einigt die Europäer. Diese ist nicht nur streitgeformt, sondern es gibt auch sehr unterschiedliche nachbarschaftliche Erfahrungen in Ost und West. Und doch: Für alle Europäer liegt Russland nicht jenseits des Atlantik, ist nicht „strategische Gegenküste", sondern ein landnaher, mächtiger Nachbar. Wie wenn China an Texas und Arizona grenzen würde!

Das müssen die USA endlich begreifen. Wertegemeinschaften sind eben nicht immer auch Interessengemeinschaften! Gelegentlich muss man deswegen Mut auch gegenüber guten Freunden haben. Niemand rüttelt am Schutzschild der NATO. Aber für Europa sind Russland und die Ukraine Nachbarn und europäische Nationen. Wir Europäer haben kein Interesse, wie manche angelsächsischen Medien, an der Wiederbelebung eines „Kalten Krieges 2.0"! Das muss Europa jetzt selbstbewusst deutlich machen. ▌

KLAUS VON DOHNANYI
war Staatsminister im Bundesaußenministerium und
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

Der Text erschien bereits in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Die Erste

Von Anne Böttcher

Nach Erlangung des Frauenwahlrechts in Deutschland im Jahr 1919 war sie die erste Frau, die als Abgeordnete in einem deutschen Parlament eine Rede hielt. Als einzige unter den 37 Frauen in der Weimarer Nationalversammlung war sie zudem im „Ausschuss zur Vorberatung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs“ direkt an der Ausarbeitung der ersten demokratischen Verfassung auf deutschem Boden beteiligt. Und am 13. Dezember 1919 gründete sie mit anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern den „Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt in der SPD“ – kurz: die Arbeiterwohlfahrt (AWO). Die Rede ist von Marie Juchacz.

Geboren als Tochter des Zimmermanns Theodor Gohlke und seiner Frau Henriette am 15. März 1879 im preußischen Landsberg an der Warthe, dem heutigen Gorzów Wielkopolski in der polnischen Woiwodschaft Lebus, arbeitete sie nach dem Besuch der Volksschule zunächst ab 1893 als Dienstmädchen, Fabrikarbeiterin sowie als Krankenpflegerin. 1898 absolvierte sie eine Lehre zur Schneiderin und war bis 1913 in diesem Beruf tätig. Nach der für die damalige Zeit ungewöhnlichen, aber mutigen Scheidung von ihrem Mann Bernhard Juchacz, dessen Namen sie annahm, siedelte Marie Juchacz mit ihren zwei kleinen Kindern 1905 nach Berlin über.

Während des Ersten Weltkrieges engagierte sie sich gemeinsam mit ihrer Schwester Elisabeth Röhl in der „Heimarbeitszentrale“ und in der sogenannten „Lebensmittelkommission“, die sich um die Einrichtung von Suppenküchen, Nähstuben und Heimarbeitsplätzen für Frauen kümmerte. Ihr besonderes Augenmerk lag auf der Unterstützung von Kriegswitwen und -waisen.

Ihr großes soziales Engagement drückte sich auch in ihrer Mitgliedschaft in der SPD aus. Ihr trat sie unmittelbar nach Aufhebung des Verbots der politischen Betätigung für Frauen 1908 bei. Bereits nach kurzer Zeit entwickelte sie sich zu einer gefragten Rednerin. 1913 wurde sie in Köln Frauensekretärin für den SPD-Parteibezirk Obere Rheinprovinz, wo sie sich einen Namen bei der gewerkschaftlichen Organisation von Textilarbeiterinnen machte. Nach der Spaltung der Sozialdemokratie 1917 erhielt sie vom damaligen SPD-Vorsitzenden und späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert die Stelle als Frauensekretärin im Zentralen Parteivorstand der SPD. Außerdem war sie Redaktionsleiterin der politischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“.

Nach ihrer Wahl zum Mitglied der in Weimar tagenden Verfassunggebenden Nationalversammlung sprach sie am 26. Februar 1919 als erste Frau in einem deutschen Parlament die folgenden Worte: „Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal, dass eine Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, ganz objektiv, dass es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat.“ Die Vorurteile, deren Bekämpfung sie sich in ihrer gesamten politischen Laufbahn auf die Fahnen geschrieben hatte. Dem erstmals 1920 nach einer allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahl konstituierten Reichstag gehörte sie bis 1933 an.

Mit der Gründung der Arbeiterwohlfahrt und ihrem unermüdlichen Einsatz für sozial Bedürftige machte sich Marie Juchacz zu Recht einen Namen als herausragende Sozialreformerin. Von 1921 bis 1931 gehörte sie darüber hinaus dem Vorstand des „Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge“ an, einem Zusammenschluss öffentlicher und freier Träger sozialer Arbeit. Bis zum Verbot der AWO durch die Nationalsozialisten 1933 war sie deren erste Vorsitzende.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ging sie ins Exil: Über das Saarland und das französische Elsass emigrierte sie nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in die USA, wo sie mit der Gründung der „Arbeiterwohlfahrt USA – Hilfe für die Opfer des Nationalsozialismus“ im Jahr 1945 ihre sozialpolitische Arbeit fortsetzte. 1949 kehrte sie aus ihrem Exil nach Deutschland zurück. Die wiedergegründete AWO machte Marie Juchacz zu ihrer Ehrenvorsitzenden. Sie starb am 28. Januar 1956 in Düsseldorf. Die von der AWO seit 1969 vergebene „Marie-Juchacz-Plakette“ erinnert seitdem an ihre historische Lebensleistung. ❙

ANNE BÖTTCHER
ist Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt Brandenburg.

Mit dieser Rubrik stellen wir eine Person vor, deren Lebensleistung größere Beachtung verdient. Zum Beispiel in Gestalt von Straßen- oder Schulnamen.

VON ANFANG AN

Eine Zwischenbilanz der Vorsorgenden Sozial- und Gesellschaftspolitik in Brandenburg — Von Sylvia Lehmann und Thomas Günther

Die neuen sozialen Fragen, vor allem die Bekämpfung von Armut und Ausschluss, lassen sich mit dem Sozialstaat alter Prägung nicht bewältigen. Der vorsorgende Sozialstaat für das 21. Jahrhundert investiert in die Menschen und ihre Fähigkeiten. Er fördert Beschäftigung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er gestaltet den demografischen Wandel mit den Betroffenen und er erkennt die existentielle Bedeutung von Bildung für die einzelnen Menschen. Er aktiviert die Menschen, damit sie ihr Leben in eigener Verantwortung gestalten können." Mit diesen Worten begründete der damalige SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck 2006 das Konzept des „Vorsorgenden Sozialstaates", das später seinen Eingang in das Grundsatzprogramm der SPD fand.

Die SPD begründete damit den Einstieg in den Umbau des deutschen Sozialstaats. Kern dieses Umbaus ist es, neben die „nachsorgenden" Elemente deutlich mehr als bisher in Vorsorge zu investieren. In Brandenburg hat die SPD bereits ab 2006 begonnen, den vorsorgenden Sozialstaat Schritt für Schritt in die Wirklichkeit umzusetzen. Im Koalitionsvertrag von 2009 wurde das Ziel des vorsorgenden Sozialstaates dann auch offizielles Ziel der beiden Regierungspartner von SPD und Linken. Schon in der Präambel heißt es: „Unser politischer Auftrag umfasst weit mehr als nur die Linderung vorhandener Nöte und Sorgen. Wir bekennen uns zu einer nachsorgenden Sozialpolitik, wo immer sie notwendig ist – aber unser Blick richtet sich darauf, diese durch eine vorsorgende Gesellschaftspolitik überflüssig zu machen."

Gut angelegtes Geld

Seit dem ersten Aufschlag sind nun acht Jahre vergangenen, vor knapp fünf Jahren wurde die vorsorgende Gesellschafts- und Sozialpolitik in der offiziellen Regierungslinie verankert. Es ist also an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu den Instrumenten, Wirkungen und Ergebnissen dieser Politik zu ziehen.

I. Brandenburg ist ein junges Bundesland, das in den letzten zwei Jahrzehnten eine enorme gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung genommen hat. Dazu zählen: eine Halbierung der Arbeitslosigkeit, ein deutliches Absinken der Schulabbrüche, ein ausgeglichenes Ausbildungsangebot, eine positive Wirtschaftsentwicklung und ein solider Haushalt. 95 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger schätzen die Lebensqualität in unserem Land sehr. Grundlage dafür ist auch ein starker Sozialstaat mit Chancengleichheit von Anfang an.

Dieser Sozialstaat steht derzeit vor drei großen Herausforderungen:

> **Der demografische Wandel.** Die Lebenserwartung steigt weiter. Gleichzeitig wird die Zahl der Neugeborenen bis 2030 um etwa ein Drittel sinken. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger werden weniger und älter. In den nächsten 15 Jahren wird die Zahl der Erwerbsfähigen um ein Viertel, in einigen Regionen sogar um bis zu 50 Prozent zurückgehen. Ein soziales Miteinander der Generationen ist vor diesem Hintergrund unerlässlich.

> **Die soziale Durchlässigkeit.** Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb müssen wir wo immer es geht, Durchlässigkeit und Aufwärtsmobilität erhöhen. Ziel muss es sein, alle Begabungen und Talente zu fördern. Wir müssen für Jede und Jeden in unserer Gesellschaft soziale Leitern aufstellen.

> **Zusammenarbeit organisieren.** Ein besonderes Augenmerk müssen wir auf die Übergänge zwischen Lebensphasen richten, um Brüche zu verhindern und Weichenstellungen vorzunehmen. Unterstützung und Förderung muss bruchlos erfolgen, sei es von der Familie in die Kita, von den Kitas in die Schule, von der Schule in den Beruf oder auch von der Erwerbstätigkeit in die Nachberufstätigkeit bzw. den Ruhestand. Staatliche Organisationen, Wohlfahrtspflege, Unternehmen und Zivilgesellschaft müssen wie ein Rad ins andere greifen.

Vorsorge hilft. Alle einschlägigen Studien zeigen, dass früh investiertes Geld gut angelegt ist. Je früher Kinder und Familien unterstützt werden, umso größer sind die Lebenschancen für alle. Insofern gilt für uns das Credo: „Je früher, desto besser“. Mit der Vorsorgenden Sozial- und Gesellschaftspolitik ist ein moderner Ansatz entwickelt worden, der verhindern will, dass soziale Notlagen überhaupt erst entstehen. Es sind vor allem die großen existenziellen Lebensrisiken, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Rente und

Pflegebedürftigkeit, die einer Absicherung bedürfen.

Ergänzend dazu ist der Vorsorgende Sozialstaat stärker als bisher darauf gerichtet, das Eintreten von Hilfebedürftigkeit schon im Voraus zu verhindern. Er soll Menschen dazu befähigen, mit Umbruchsituationen eigenverantwortlich und solidarisch umzugehen. Der Vorsorgende Sozialstaat will die individuellen Fähigkeiten und Talente der Menschen stärken und hierfür passgenaue Unterstützung und Hilfen anbieten. Es geht um Antworten auf die demografische Entwicklung und Förderung für junge Familien, um familien- und kinderfreundliche Bedingungen im Land zu verbessern.

Ein übergreifendes Dach

Wenn Sozialpolitik die Menschen unterstützen soll, dürfen einzelne sozialstaatliche Leistungen nicht segmentiert voneinander konzipiert und verwaltet werden. Deshalb ist ein ressort- und politikfeldübergreifendes Agieren wichtig.

Es sind vor allem Familienpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik und Arbeitsmarktpolitik, die für eine vorsorgende Sozialpolitik maßgeblich sind. Der Vorsorgende Sozialstaat erschöpft sich aber nicht in diesen Feldern, sondern bildet das übergreifende Dach, unter dem sich noch weitere sozial- und rechtsstaatliche Aufgabenbereiche befinden. Beispielsweise spielen der soziale Wohnungsbau, Infrastrukturpolitik und Wirtschaftspolitik im weiten Sinne ebenfalls eine unerlässliche Rolle für den Vorsorgenden Sozialstaat.

Wie Netzwerke wirken

Schlüsselpositionen vorsorgender Sozialpolitik nehmen eine bessere Bildung und Beratung in den unterschiedlichen Lebenslagen ein sowie eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik und eine Gesundheitspolitik, die Vorsorge und den Ausbau sozialer Infrastruktur beinhalten.

Wie lässt sich Vorsorge nun aber konkret gestalten? Durch entsprechende Investitionen in Erziehung, Bildung und Gesundheit, vor allem durch eine qualitativ verbesserte Infrastruktur soll die Notwendigkeit von Nachsorgeaktivitäten reduziert werden. Durch die Einbindung von ehrenamtlicher Arbeit, insbesondere im Kontext von sozialen Netzwerken, kann zudem eine wichtige Kraft der Gesellschaft gewonnen werden. Unser Motto lautet: Miteinander, Füreinander, solidarisch Handeln.

Sozialstaatliche Institutionen sind die festen Ankerpunkte unseres Sozialstaates, um individuelle Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Damit diese Angebote genutzt werden und möglichst optimal wirken können, bedarf es jedoch konkreter gesellschaftlicher Vermittlungs- und Unterstützungsstrukturen.

Dies gilt für Brandenburg als Flächenland umso mehr. Netzwerke können eine Scharnierfunktion übernehmen, indem sie zwischen staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren Brücken bauen. Ein gelungenes Beispiel für diese Brücken- und Scharnierfunktion zwischen individueller Lebenslage und sozialstaatlichen Institutionen sind auch hier die „Netzwerke Gesunde Kinder". Ihre Funktion besteht darin, junge Familien mit ihren Neugeborenen in vielfältiger Weise zu unterstützen, indem sie mit den jeweils zuständigen sozialstaatlichen Institutionen verzahnt werden. Über Netzwerke werden Menschen Informations-, Kooperations-, Hilfe- und Entfaltungsmöglichkeiten in einem sozialen Rahmen eröffnet. Der unmittelbare Kontakt zwischen Familien sowie Patinnen und Paten aber auch zwischen den Familien stärkt das solidarische Miteinander.

Eigene Kräfte stärken

Darüber hinaus sollen Netzwerke aber vor allem Menschen dazu befähigen, ihre eigenen Kräfte zu stärken und ihre Herausforderungen und Ziele im Sinne eines guten Lebens selbst in die Hand zu nehmen. Das kann gelingen, wenn eine verlässliche Kooperation zwischen Betroffenen und hauptamtlichen sowie ehrenamtlichen Expertinnen und Experten etabliert wird.

Netzwerke können auch die Kooperation zwischen Institutionen, Organisationen und Selbsthilfegruppen vorantreiben und dies politikfeldübergreifend. Durch kooperatives Herangehen soll die Wirksamkeit unserer Sozialpolitik erhöht werden, denn ohne diese Haltung werden Ressourcen verschenkt und Prozesse blockiert. Weitere Beispiele für Vernetzungsstrukturen sind die Lokalen Bündnisse für Familien und das Bündnis Gesund aufwachsen.

Übergänge meistern

Ein besonderes Augenmerk müssen wir auf die Übergänge zwischen den Lebensphasen richten. Unterstützung und Förderung muss bruchlos erfolgen, sei es von der Familie in die Kita, von den Kitas in die Schule, von der Schule in den Beruf oder vom Erwerbsleben in die Nachberufstätigkeitsphase. Staatliche Organisationen müssen bruchlos zusammenarbeiten und von Netzwerken – wo nötig und hilfreich – unterstützt und ergänzt werden.

Vorsorge stiftet den größten Nutzen, wenn sie so früh, so intensiv und so qualitativ einsetzt wie irgend möglich. Dabei ersetzt die Politik der Vorsorge weder die Politik der Nachsorge noch ist sie ein Privileg der frühen Lebensjahre. Vorsorge ist in allen und für alle Lebensphasen möglich. Insofern ist es gerade ein zentrales Merkmal des Vorsorgenden

Sozialstaates, dass er alle Lebensphasen adressieren will, insbesondere geht es ihm um die erfolgreiche Bewältigung von Übergängen zwischen den Lebensphasen. Ob der Übergang von der Kita in die Grundschule, von der Schule in die berufliche Ausbildung und dann in den Arbeitsmarkt oder vom Erwerbsleben in die Phase der Nachberufstätigkeit bzw. den Ruhestand gelingt, hat maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung individueller Lebensperspektiven. Denn diese Übergänge im Erwerbs- und Privatleben sind immer wieder mit größeren Risiken verbunden und ein Scheitern kann weitreichende Konsequenzen mit sich bringen. Der Vorsorgende Sozialstaat bietet ein umfassendes Hilfs- und Unterstützungsinstrumentarium für Jeden, damit kritische Momente, wie Schulabbruch, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit besser bewältigt werden können. Im Folgenden wollen wir nun vier Beispiele für unsere Brandenburger Politik der Vorsorgenden Gesellschafts- und Sozialpolitik genauer beleuchten.

II. Netzwerke Gesunde Kinder.

Bestes Beispiel für Vorsorgearbeit sind frühe und wirksame Interventionen im Kinder- und Jugendbereich, wie frühe Familienhilfen, kindliche Frühförderung oder beratende Hilfen für Eltern. Damit können spätere Fehlentwicklungen vor allem in der Kita und der Schule vermieden werden. Das „Netzwerk Gesunde Kinder“ zeigt exemplarisch, wie Vorsorgepolitik praktisch im Land umgesetzt werden kann. Seit 2006 sind, gefördert durch das Land, verschiedene lokale Netzwerke in fast allen Landkreisen und kreisfreien Städten entstanden. Sie haben die Aufgabe, Eltern bei der gesundheitlich-sozialen Entwicklung ihrer Kinder zu beraten und zu begleiten.

Möglichst alle erreichen

Vorsorge beginnt frühzeitig, daher werden die Familien bereits in der Schwangerschaft betreut. Vorsorge heißt nicht ein vollständig neues Hilfesystem zu entwickeln, sondern vorhandene Strukturen vor allem der gesundheitlichen und sozialen Fürsorge (auch andere Bereiche) miteinander zu vernetzen, um wirkungsvoller zu fördern. Vorsorge für jeden, das bedeutet, dass die Netzwerkangebote möglichst alle Kinder und ihre Familien in den Regionen erreichen sollen.

Die Angebote der Netzwerke sind freiwillig und Familien werden aufsuchend beraten. Die jungen Familien werden bei der Betreuung ihrer Kinder durch ehrenamtliche Paten und Patinnen unterstützt. Die Einbindung des ehrenamtlichen Engagements ist ein entscheidender Moment des Vorsorgeansatzes, denn diese Strukturen können Menschen in ihren

verschiedenen Lebenslagen auffangen und sie können zu den vorhandenen dauerhaften Einrichtungen des Sozialstaates (Gesundheitsamt, Sozial- und Jugendamt, Jobcenter u. a.) ergänzend wirken und somit ein zusätzliches Angebot unterbreiten.

Erste sichtbare Erfolge

2013 gab es in Brandenburg 18 „Netzwerke Gesunde Kinder" an 30 Standorten in fast allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Über 1.200 ehrenamtliche Patinnen und Paten sind in diesen Netzwerken tätig. Sie begleiten insgesamt 4.200 Familien. In den jeweiligen regionalen Einzugsgebieten der Netzwerke wurden seit Gründung bei einer durchschnittlichen Laufzeit von 49 Monaten insgesamt 36.672 Kinder geboren. Die Reichweite der regionalen Netzwerke unterscheidet sich stark und reicht von 50 Prozent bis zu weniger als 2 Prozent bei neueren Netzwerken. Damit liegt die Gesamtreichweite der Netzwerke im Land bei ca. 19 Prozent – ein guter Erfolg nach so kurzer Zeit.

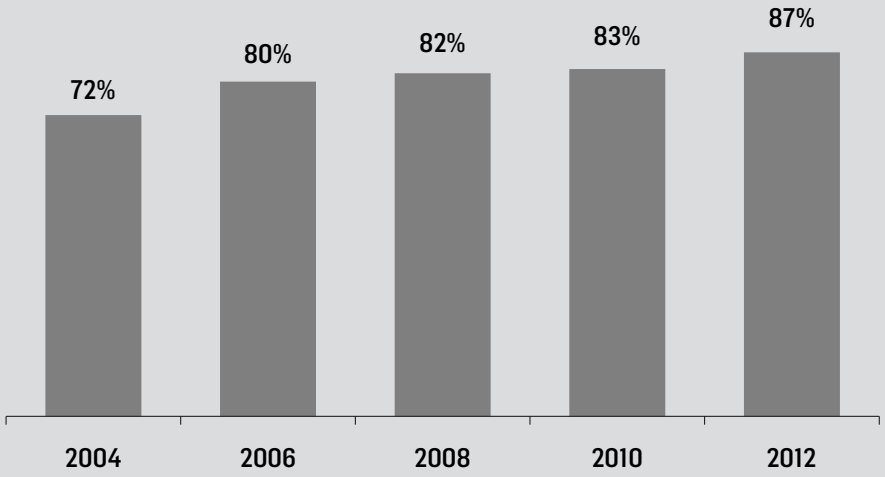
Erste sichtbare Erfolge sind dabei auch zu messen. So zeigte eine erste Evaluation, dass „Netzwerkkinder" häufiger an Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen – und zwar insbesondere Kinder von nicht-erwerbstätigen Eltern. Die Netzwerke wirken hier deutlich sozialkompensatorisch. Darüber hinaus zeigen „Netzwerkkinder" weniger Impflücken im Vergleich zu Kindern, die nicht in Netzwerken betreut werden.

Trotz der insgesamt sehr positiven Befunde gibt es erwartungsgemäß auch noch Schwachstellen. Die finanzielle Basis der Netzwerke muss auf festere Beine gestellt werden, auch und gerade durch stärkere Einbindung der Krankenkassen – denn gerade die sind es ja, die langfristig von gesünderen Kindern profitieren werden. Und schließlich bleibt es unser Ziel, die Reichweite der regionalen Netzwerke weiter auszubauen und in der gesamten Fläche unseres Landes zu etablieren.

Zentrales Einladungsverfahren. Im Rahmen der Novellierung des Gesundheitsdienstgesetzes wurde 2008 in Brandenburg das Zentrale Einladungs- und Rückmeldewesen zu den vorgesehenen Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und Jugendliche eingeführt. Für die Durchführung des gesamten Verfahrens wurde beim Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) eine zentrale Stelle eingerichtet.

Alle Kinder im Alter vom 9. Lebensmonat bis zum Beginn des 13. Lebensjahres werden zu den altersgerechten Früherkennungsuntersuchungen (U6 bis U9, J1) eingeladen. Die Früherkennungsuntersuchungen sind ein Baustein der Gesundheitsvorsorge, der dazu beiträgt,

Wie viel Prozent der Kinder haben zur Einschulung vollständig an den U1-U8-Untersuchungen teilgenommen?



Quelle: LUGV

Krankheiten, die die körperliche und geistige Entwicklung von Kindern gefährden können, frühzeitig zu erkennen und eine weiterführende medizinische Behandlung zu empfehlen.

Stärken systematisch fördern

Das neue Gesetz schreibt nun vor, dass niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, die eine Früherkennungsuntersuchung vorgenommen haben, dies dem Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zurückmelden. Erfolgt keine Rückmeldung wird eine Erinnerung zur Früherkennungsuntersuchung an die Familie versandt. Bleibt mangels Rückmeldung der niedergelassenen Ärztin oder des Arztes auch danach unklar, ob das Kind bei der Untersuchung gewesen ist, erfolgt automatisch eine Weiterleitung der Daten an das zuständige Gesundheitsamt. Dieses wird dann angemessene Maßnahmen wie Anrufe, Anschreiben oder Hausbesuche ergreifen, um herauszufinden, warum ein bestimmtes Kind nicht bei der Früherkennungsuntersuchung gewesen ist.

Die jüngsten Daten der Schuleingangsuntersuchung zeigen im Vergleich

zu 2009, dass die Zunahme der Inanspruchnahme der U8 gerade von Familien mit niedrigem Sozialstatus besonders erfreulich ist. Hier stieg die Inanspruchnahme von 79 Prozent auf 86 Prozent.

Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung. Sprachkompetenz ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für nachhaltige Bildungserfolge. Sie ermöglicht nicht nur soziale Teilhabe, sondern bildet die Grundlage für Problemverständnis und Interaktion. Die Sprachförderung ist umso wirksamer und nachhaltiger, je früher sie einsetzt und je mehr sie in das Alltagsleben der Kinder integriert ist. Hier bieten die Kitas mit ihrem Bildungsauftrag, qualifizierten Fachkräften und entsprechenden Förderinstrumenten einen günstigen Ort, um Defizite zu ermitteln, auszugleichen (kompensatorische Sprachförderung) und zugleich die Stärken der Kinder systematisch zu fördern. Schritt für Schritt wurde in den vergangenen Jahren die Qualität der Bildungsarbeit in den Brandenburger Kitas verbessert. Zu allererst sei dabei die Absenkung der Gruppengrößen in den Kitas genannt. Insgesamt stiegen die Ausgaben des Landes pro Kind in den vergangenen Jahren um 50 Prozent.

Seit 2006 existiert in Brandenburg das Landesprogramm zur kompensatorischen Sprachförderung. Seit dem Schuljahr 2009/10 ist die Teilnahme an einer Sprachstandsfeststellung und bei Bedarf an der Sprachförderung für alle künftigen Erstklässler verbindlich. In allen rund 1.450 Kitas des Landes mit Kindern im Vorschulalter stehen entsprechend qualifizierte Fachkräfte für die Sprachstandsfeststellung und -förderung zur Verfügung. Von den ca. 13.000 Erzieherinnen und Erziehern im Land wurden mehr als 2.800 Fachkräfte für die kompensatorische Sprachförderung qualifiziert.

Lücken schließen

Im Jahr 2011 wurde außerdem das Sprachförder-Konzept weiterentwickelt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt jetzt bei der alltagsintegrierten Sprachförderung von Anfang an. Für das Landesprogramm „Sprachberatung im Setting Kita“ stehen seit 2012 ca. 1,4 Millionen Euro jährlich zur Verfügung, mit denen Sprachberatung in den Kitas sowie der Aufbau regionaler Unterstützungsstrukturen in den Landkreisen und kreisfreien Städten gefördert wird. Insgesamt wendet das Land 4,5 Millionen Euro für das Landeskonzept zur Sprachförderung in den Kitas auf. Der Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf konnte dank der guten Arbeit in den Kitas und den zur Verfügung stehenden Ressourcen von 20 Prozent im Jahr 2010 auf mittlerweile rund 16 Prozent im Jahr 2013 gesenkt werden.

Entwicklung der Inanspruchnahme von Schüler-BAföG 2010-2013

	Schuljahr 2010/2011	Schuljahr 2011/2012	Schuljahr 2012/2013
Anträge insgesamt	1.697	2.313	2.500
Bewilligte Anträge	1.350	2.071	2.301

Schüler-BAföG. Es ist unser Ziel, dass gute Bildung für Kinder und Jugendliche und auch erweiterte Bildung, wie das Abitur, nicht von der Finanzkraft der Familien abhängig sind. Brandenburger Schulen weisen im Ländervergleich bereits heute eine positive soziale Durchlässigkeit auf.

Im Jahr 2010 beschloss die rot-rote Regierungskoalition das Brandenburger Schüler-BAföG, damit schloss sie auch eine Lücke im Bundes-BAföG. Das Schüler-BAföG soll die Chancengerechtigkeit beim Zugang zur Bildung fördern, und zwar unabhängig vom Einkommen der Eltern. Es erleichtert deshalb Kindern aus einkommensschwachen Familien, sich für das Abitur oder die Fachhochschulreife zu entscheiden und diese abzuschließen.

Schüler-BAföG erhält also, wer finanziell bedürftig ist. Überschreitet das Einkommen der Eltern eine bestimmte Höhe nicht, gibt es 100 Euro monatlich. Bis zum 18. Lebensjahr wird das Geld auf das Konto der Eltern gezahlt. Schülerinnen und Schüler, deren Eltern den Kinderzuschlag nach Kindergeldgesetz, Wohngeld, Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, Hilfen zum Lebensunterhalt und SGB XII oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, bekommen das Schüler-BAföG ebenfalls – ohne Verrechnung. Das Schüler-BAföG ist ein freiwilliger Landeszuschuss, der nicht zurückgezahlt werden muss.

Bundesweit einmalig

Das Brandenburger Schüler-BAföG ist bundesweit einmalig. Mittlerweile haben über 5.000 Schüler die Förderung erhalten. Immerhin 51 Prozent der Schüler sagen, dass sie ohne die Förderung den Weg zum Abitur so nicht hätten gehen können. Und bei 75 Prozent hat die Förderung sogar den Wunsch nach einer weiteren Ausbildung wie der Aufnahme eines Studiums geweckt.[1]

1 Siehe dazu ausführlich den Beitrag von Tilo Wendler und Tina Gillmeister in diesem Heft.

III. Mit dem Konzept Vorsorgender Sozial- und Gesellschaftspolitik sind neue Anstrengungen verbunden, um den bestehenden Sozialstaat zu ergänzen und dessen Wirkung zu erhöhen. Am Anfang standen deshalb die Grenzen einer vorrangig nachsorgeorientierten Sozialpolitik. Begonnen hat alles mit Debatten, die sich mit diesen Grenzen und den daran anknüpfenden neuen Perspektiven befassten. Auf den Erkenntnissen wissenschaftlicher Studien aufbauend und auch inspiriert durch erfolgreiche Beispiele aus den nordischen Gesellschaften, vor allem Finnlands und Schwedens, die wir intensiv studiert haben, entwickelten wir eine eigene vorsorgeorientierte Programmatik.

Kurzum: Ausgehend von den Defiziten der bestehenden Verhältnisse haben wir unsere Ziele und Instrumente neu definiert. Um die Richtung der anzustrebenden Veränderungen für alle nachvollziehbar zu machen, haben wir unsere Ziele durch programmatische Debatten konkretisiert und transparent gemacht. Denn es geht um einen Paradigmenwechsel, der alle beteiligten Akteure sensibilisieren und gewinnen soll. Letztendlich geht es dabei nicht zwangsläufig um neue Instrumente, sondern

> um bessere Verknüpfung vorhandener Instrumente,
> bessere Übergänge zwischen den verschiedenen Lebensphasen und
> um die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements.

Parallel zu der Debatte über eine vorsorgeorientierte Wende in der Sozial- und Gesellschaftspolitik sind erste praktische Projekte entstanden, die sich den Grundsätzen vorsorgeorientierter Politik verpflichtet sehen.

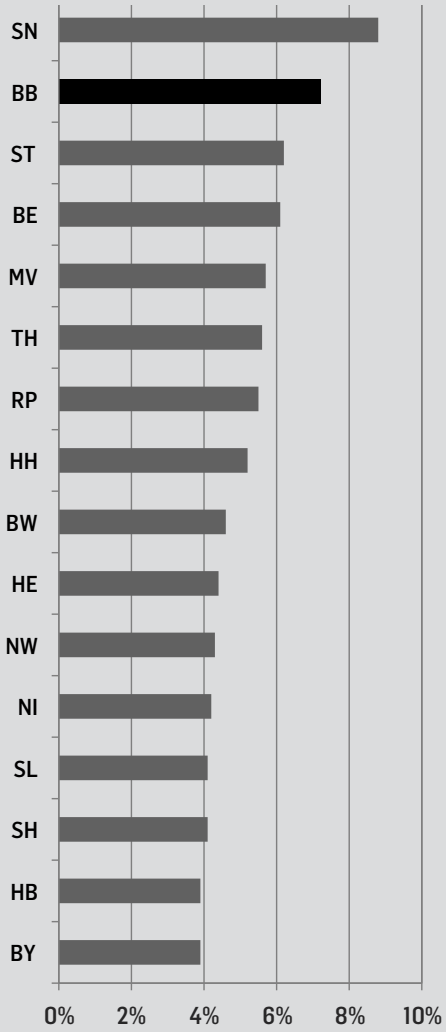
Vorsorge weiterentwickeln

Insgesamt gibt es heute in Brandenburg über 80 Programme und Maßnahmen in allen Lebensphasen zur vorsorgenden Gesellschafts- und Sozialpolitik. Das Land gibt dafür pro Jahr etwa 250 Millionen Euro aus. Wir blicken für einzelne Programme schon jetzt auf längere Erfahrungen zurück, von denen bestimmte Projekte und Maßnahmen bereits evaluiert wurden. Dabei ging es auch darum, herauszufinden, wie die verschiedenen Gruppen (Kinder, Jugendliche, Eltern etc.) erreicht und Institutionen besser genutzt werden können. Unsere Aufgabe besteht nun darin, die Reichweite der erfolgreichen Projekte zu verbessern und gleichzeitig ihre Verbindlichkeit sowie ihre Leistungen weiter zu erhöhen.

Es muss uns nun vor allem um eine ziel- und passgenauere Steuerung gehen. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren die Instrumente und Maßnahmen weiterentwickeln müssen, um die auf den Weg gebrachten Initiati-

ven zu stabilisieren, ihre Wirksamkeit zu erhöhen und vorhandene Lücken (sowohl die konzeptionellen, als auch die geografischen) zu schließen. Parallel zur Verbesserung der Reichweite geht es darum, die Qualität unserer Instrumente weiter zu erhöhen (z. B. in Kitas). Im Mittelpunkt steht dabei immer, Entwicklungsdefizite abzubauen und alle Kinder und Jugendlichen so zu fördern, dass sie mit gleichen Chancen ihren weiteren Weg in unserem Bildungssystem einschlagen können.

Ausgaben des Landes und der Kommunen für frühkindliche Bildung in Prozent der öffentlichen Ausgaben



Weitere Lebensabschnitte erschließen

Während in der ersten Phase der vorsorgenden Politik in Brandenburg programmatische Arbeiten und erste Projekte im Mittelpunkt standen, die sich mit den frühen Lebensjahren befassten, geht es nun in der zweiten Phase um eine Weiterentwicklung dieser Erfahrungen, indem wir die weiteren Lebensphasen in die vorsorgende Politik einbinden. In den letzten Jahren waren die Schwerpunkte der frühen Lebensphase durch Projekte wie Netzwerke Gesunde Kinder, Kindergesundheit, Qualitätsverbesserungen in der Kita-Betreuung u. a. geprägt. Inzwischen geht es um mehr und bessere Förderung in den weiteren Phasen der Lebenslaufentwicklung. Gemeint ist vor allem die Jugendphase, insbesondere der Übergang von der Schule in die Ausbildung, der Übergang

an die Hochschulen aus bildungsferneren Schichten sowie die ersten Ausbildungsjahre. Denn gerade missglückte Übergänge können langfristige negative Konsequenzen im Erwerbsleben nach sich ziehen. Deshalb haben wir Projekte für die nächste Phase vorbereitet, die sich der intensivierten Berufsvorbereitung und der besonderen Hilfe für den Ausbildungserfolg (wie zum Beispiel das Projekt Türöffner: Zukunft Beruf) widmen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Intensivierung vorsorgender Sozial- und Gesellschaftspolitik im Seniorenalter sein – angesichts der demografischen Trends hin zu stärkerer Alterung ein enorm wichtiger Aspekt.

Viel erreicht, noch viel zu tun

Vorsorgende Politik ist nicht von heute auf morgen zu etablieren. Sie ist ein sozialer und politischer Prozess, der über viele Jahre andauert. Wir werden eine vorsorgende und inklusive Perspektive für unsere Gesellschaft nur Stück für Stück entwickeln können. Unser Ziel besteht darin, für alle Lebensphasen und alle wichtigen Übergangsphasen besondere Hilfen und Angebote zu entwickeln. Die themenübergreifenden Politikfelder wie Gleichstellung, Inklusion und Integration werden wir in diese Angebote stärker mit einbeziehen müssen. Denn am Ende geht es um eine Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird und jede und jeder faire Chancen erhält, um seiner selbst willen, aber auch um einen eigenen gesellschaftlichen Beitrag leisten zu können. Am Ende geht es um einen effektiveren Sozialstaat und bessere Lebensperspektiven für alle. Brandenburg ist auf dem besten Weg, dabei Standards zu setzen, die weit über unser Land hinausreichen. ▌

SYLVIA LEHMANN
ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Brandenburger Landtag sowie sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin.

THOMAS GÜNTHER
ist bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg.

MEHR ALS NUR BILDUNG

Wie mit einer Strategie der Vor-Verteilung steigende Ungleichheit bekämpft werden kann — Von Patrick Diamond

Die zunehmende Zahl an Arbeiten rund um das Konzept der „Vor-Verteilung" (pre-distribution) zeigt, wie wichtig eine Debatte über die strategische Rolle der Politik bei der Herbeiführung von sozialer Gerechtigkeit ist. In der Literatur über die Vor-Verteilung wird der Staat dabei weniger als ein Mechanismus angesehen, der Nachteile, die schon vorhanden sind, ausgleicht. Vielmehr geht es darum mit Interventionen, Schäden zu begrenzen, die durch den Markt entstanden sind. Für Jacob Hecker von der *Yale University* als Begründer des Konzepts, bedeutet Vor-Verteilung „eine Fokussierung auf Marktergebnisse, die zu einer gleichmäßigeren Verteilung wirtschaftlicher Macht und Chancen führt, und zwar noch bevor die Regierung Steuern einzieht oder staatliche Leistungen auszahlt".

Aber Vor-Verteilung setzt nicht nur auf die Verringerung von Armut und sozialer Benachteiligung. Der Test für eine Strategie der Vor-Verteilung ist, ob es gelingt, die vom kanadischen Ökonom Miles Corak so genannte „große Gatsby-Kurve" umzukehren: und zwar die Industriegesellschaften innewohnende Tendenz, dass die Lebenschancen eines Kindes im wesentlichen von den materiellen Lebensumständen ihrer Eltern bestimmt werden. Je ungleicher Gesellschaften sind, so Corak, um so geringer auch die Mobilität zwischen den Generationen. Die Rolle des Staates muss also so angepasst werden, dass aus einem „Nachteilsausgleich" eine vorsorgende Strategie sozialer Investionen wird, die benachteiligten Bevölkerungsgruppen soziale Mobilität ermöglicht. Das erfordert einen grundlegenden Wandel, der Einkommensumverteilung mit pro-aktiven Investitionen in das Human- und Sozialkapital im gesamten Lebensverlauf kombiniert.

Der einzige Hebel?

Darüber hinaus unterstreichen diese Strategien die entscheidende Bedeutung der Bildungspolitik. Dabei geht es insbesondere um Maßnahmen, die geeignet

sind, die Verteilung von Humankapital zu Kindern aus besonders benachteiligten Haushalten zu lenken. In Großbritannien scheint die Bildungspolitik in den letzten Jahren auf der politischen Agenda nach unten gerutscht zu sein. Die Bildungsreformen von Tony Blair und Gordon Brown waren politisch umstritten, was auch zu Spaltungen innerhalb der *Labour Party* führte. Vor allem aber wurde die Behauptung, Bildungspolitik sei der einzige Hebel, um die von der Globalisierung erzeugten Ungleichheiten auszugleichen, immer problematischer. Steigende Investitionen in Bildung und Qualifizierung konnten die zunehmende soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in den Industrieländern nicht eindämmen. In den neunziger Jahren erklärte Tony Blair noch, dass die drei Prioritäten seiner Regierung „Bildung, Bildung, Bildung" seien – keine der großen Parteien Großbritanniens würde das heute noch sagen.

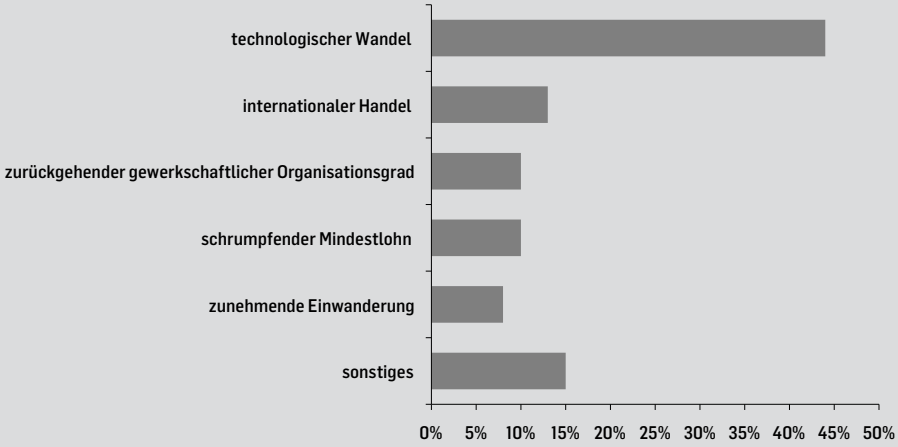
Kein direkter Weg

Natürlich ist eine Politik der vorsorgenden Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung, Familienförderung selten geradlinig. Viele Wähler haben keine Kinder und könnten sich in Zeiten, in denen der Gürtel enger geschnallt werden muss, über zusätzliche Unterstützungen für Familien ärgern. In den Jahren von *New Labour* erging es Haushalten mit niedrigen Einkommen und ohne Kinder eher schlecht in Bezug auf Armutsbekämpfung. Hinzu kommt: In Umfragen stehen für die meisten Wähler Bildung, Frühförderung und Kinderbetreuung nicht gerade weit oben auf der Prioritätenliste. Daten aus verschiedenen Ländern Europas zeigen eher, dass die Wähler sich mehr um die „alten" sozialen Risiken wie Arbeitslosigkeit und Renten sorgen. Viele Wohlfahrtsstaaten stehen vor einer wachsenden Unwucht zugunsten der Älteren – deren Bevölkerungsanteil in den meisten westlichen Gesellschaften immer weiter steigt. Es besteht somit die Gefahr, dass jüngere Familien mit Kindern im Sozialstaat eher benachteiligt werden, weil Regierungen dazu neigen könnten, ältere Bürger stärker zu unterstützen anstatt in die jüngeren zu investieren.

Die Natur von Ungleichheit

Bei der Frage, was genau ökonomische Ungleichheit befördert, werden in der Literatur mehrere Faktoren diskutiert. Einer der Treiber von Ungleichheit ist die zunehmende Einwanderung. Ein anderer der abnehmende Organisationsgrad von Gewerkschaften. Beides hat die Verhandlungsmacht der gering Qualifizierten entscheidend geschwächt, was sich in ihren verhältnismäßig geringen Löhnen ausdrückt. Ein weiterer Faktor ist der Wachstum des internationalen

Gründe für höhere Ungleichheit



Quelle: Economic Report of the President, 1997 (zusammengefasste Expertenmeinung)

Handels und die Globalisierung der Arbeits-, Produkt- und Kapitalmärkte seit den achtziger Jahren: Indem die ökonomischen Vorteile sich Schritt für Schritt weiter nach Osten verlagert haben, veralteten viele Arbeitsplätze im Westen oder wurden schlicht überflüssig. All dies hat viel Aufmerksamkeit in der Politik gefunden, zumal es so aussieht, dass diese Faktoren dazu beigetragen haben, dass die Ungleichheit der Primäreinkommen in Großbritannien und den USA gestiegen ist.

Nach Alan Krueger, einem der Wirtschaftsberater von Präsident Obama, ist der wichtigste Treiber der Einkommensungleichheit der fachkräftegesteuerte technologische Wandel (siehe Abbildung). Dieser erhöht die Zahl der relativ hoch qualifizierten Arbeitsplätze an der Spitze des Arbeitsmarktes und verschiebt damit die Einkommensverteilung zu denjenigen mit dem meisten Humankapital. Innerhalb der Wirtschaftswissenschaften gibt es unzählige Daten über die Auswirkungen des technologischen Wandels, aber zweifellos ist er ein starker Antrieb für zunehmende Ungleichheit – vermittelt über Bildung und Qualifizierung. Die OECD hat kürzlich prognostiziert, dass die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitsplätzen in den nächsten zehn Jahren um 20 Prozent steigen wird, während die nach gering qualifizierten Arbeitsplätzen um zehn Prozent sinken wird.

Darüber hinaus sind es gerade die gering Qualifizierten, die von Arbeitslosigkeit in Zeiten anhaltender ökonomischer Umstrukturierungen besonders bedroht sind. In den 28 EU-Ländern sind 84 Prozent der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter mit Hochschulbildung beschäftigt, während es bei den Personen mit geringer Qualifikation weniger als die Hälfte ist. Der Druck auf die Löhne und die Angst vor Arbeitslosigkeit führt zu höherer wirtschaftlicher Unsicherheit gerade in den unteren und mittleren Einkommensgruppen. In den Ländern der OECD haben die Haushalte mit Durchschnittseinkommen den stärksten Einkommensrückgang in den letzten 30 Jahren erlebt.

Jenseits der Schule

Die Politik hat sich jüngst verständlicherweise auf die Rolle formaler Bildungseinrichtungen, insbesondere von Schulen, konzentriert um die Herausforderungen in der Bildung zu bewältigen. Die Debatte über die Frage, wie Schulen organisiert sein müssen, um kontinuierlichen Bildungserfolg zu ermöglichen, bleibt zweifellos wichtig. Allerdings: Das meiste Lernen findet außerhalb der Schule statt – insbesondere in den ersten vier Lebensjahren, die den entscheidenden Rahmen für späteres Humankapital setzen. Jüngste Forschung zeigt bei Dreijährigen eine 23-prozentige Lücke bei kognitiven Fähigkeiten zwischen Kindern aus den reichsten und ärmsten Haushalten.

Anne West von der *London School of Economics* hat die Situation so zusammengefasst: „Es gibt eine Kluft zwischen Kindern aus armen Familienverhältnissen und anderen. Das ist nicht nur in Großbritannien, sondern in allen Ländern der OECD so.“ Dabei geht es um eine Kombination aus finanziellen und nicht-finanziellen Gründen. Die Qualität der Lernumgebung zu Hause, Familienhintergrund, Bildung der Eltern und die vorhandenen Ressourcen im Elternhaus – all diese Faktoren erklären die Unterschiede. Damit sind auch die Herausforderungen für die Politik beschrieben, wenn sie die ursprüngliche Verteilung von Ressourcen durch bessere Vor-Verteilung gerechter machen will.

Fähigkeiten und Charakter

Die Forschung unterstreicht, dass elterliches Vertrauen und Vorbilder entscheidenden Einfluss auf die die Lebenschancen von Kindern haben. Traditionell betont die Politik eher die Bedeutung formaler Institutionen für das Vorankommen von Kindern und unterschätzt dabei die Rolle von informellen Netzwerken einschließlich Familie und Freunden. Bei der Vor-Verteilung geht es entsprechend nicht nur um Wirtschaftsreformen und Investitionen in das Bildungs- und Ausbil-

dungssystem. Vielmehr geht eben auch um die Stärkung von Kenntnissen und Wohlbefinden, insbesondere der am stärksten Benachteiligten, um ihnen so zu mehr Marktmacht zu verhelfen. Entscheidend ist es, die Unterstützung auf die am stärksten benachteiligten Haushalte zu konzentrieren, wo Eltern am wenigsten engagiert sind, denn die Auswirkungen von Kinderarmut werden durch geringere elterliche Aktivitäten verstärkt. Geringere Erwartungen sind ein weiterer struktureller Nachteil. Eltern in Haushalten mit niedrigem Einkommen haben eine größere Genügsamkeit – oder in anderen Worten weniger Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Jüngste Forschungsergebnisse haben auf die Bedeutung von „Charakter" in Bezug auf kognitive Lernergebnisse hingewiesen: Es kommt auf den „Charakter" an um Antrieb, Kraft und Entschlossenheit auszuprägen – alles Attribute von späterem Erfolg im Leben.

Wie politische Auswirkungen aussehen

Es geht also vor allem darum, dass eine glaubwürdige Strategie der Vor-Verteilung sich auf die Förderung von Bildung, Qualifikation und Humankapital der gesamten Bevölkerung ausrichten und sich dabei auf die am meisten benachteiligten Gruppen konzentrieren muss. Die wichtigste Erkenntnis für die Politik ist, dass das, was außerhalb der formalen Institutionen durch Eltern, Gleichaltrige und die häusliche Umgebung geschieht, genauso wichtig ist wie das, was in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen passiert – hinzu kommt, dass die beiden Sphären dabei selbstverstärkend wirken. In diesem Zusammenhang sollten folgende Maßnahmen verfolgt werden:

> **Erneuerter Fokus auf Strategien der frühen Intervention.** Eingriffe in den frühen Jahren sind schon länger eine Priorität quer durch das politische Spektrum. Auch wenn in Großbritannien stark in die Kinderbetreuung investiert wurde, hat sie doch nie die gleiche Aufmerksamkeit erhalten wie Schulen oder das Gesundheitssystem. Es gibt zunehmende Besorgnis über Reichweite und zu geringe Qualität, insbesondere in bestimmten Postleitzahl-Bereichen. Großbritannien hat dadurch eine vergleichsweise geringe Frauenerwerbsquote und liegt nur noch auf Platz 15 innerhalb der OECD. Zwei weitere Punkte sollten in diesem Zusammenhang nicht von der politischen Tagesordnung rutschen. Erstens muss sichergestellt werden, dass Ressourcen und Infrastruktur so gewichtet sein müssen, dass sie vor allem den am stärksten benachteiligten Gruppen zugute kommen. Ferner müssen Programme so konstruiert werden, dass Eltern stärker aktiviert und ermächtigt werden sollten.

> **Unterstützung für Eltern ausbauen.** Eltern brauchen effektive Unterstützung gerade in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit einer Vielzahl von sozialen Stressfaktoren. Mentoring, bei dem erfahrene Eltern solchen mit Schwierigkeiten unterstützen, hat positive Auswirkungen. Formelle Eltern-Programme können nützlich sein, aber häufig ist informelle Unterstützung über Schulen oder Jugendzentren nötig. Entscheidend sind auch Programme, wo Krankenschwestern Eltern in benachteiligten Haushalten von der vorgeburtlichen Phase bis in die frühe Kindheit unterstützen.

> **Verbesserung der Qualität der elterlichen Erziehung.** Es gibt umfangreiche Literatur darüber, das Verhaltensänderungen zu besseren Ergebnissen führen können. Wie Eltern mit ihren Kindern interagieren, kann einen erheblichen Einfluss auf deren spätere Leistungen haben. Eltern, die beispielsweise ihren Kindern regelmäßig vorlesen, verbessern die kognitiven Fähigkeiten ihrer Kleinen. Oder angemessen auf Fehlverhalten zu reagieren, vermeidet spätere Verhaltensstörungen. Dabei soll auch daran erinnert werden, dass Kindererziehung nicht nur die Sache der biologischen Eltern ist, sondern eine ganze Reihe von Menschen betrifft einschließlich Großeltern oder Freunde der Familie.

> **Verantwortung der Eltern.** Eltern haben ein Recht auf Unterstützung und Zugang zu staatlichen Förderprogrammen. Sie haben umgekehrt auch Pflichten – wie zum Beispiel einen ordentlichen Schulbesuch zu gewährleisten. Wo Pflichten verletzt werden, müssen Mechanismen greifen, wie Vereinbarungen zwischen Elternhaus und Schule, die sicherstellen, dass zugrunde liegende Ursachen für negatives Verhalten angegangen werden.

> **Ausbau von „Schüler-Prämien“.** In England erhalten Schulen eine „Schüler-Prämie“ von zusätzlichen 1.080 Euro pro Jahr, wenn sie Schüler aus benachteiligten Familien aufnehmen. Gleichwohl zeigt sich, dass Kinder aus einkommensschwachen Haushalten weiterhin die leistungsschwächsten Schulen besuchen. Deshalb muss die „Schüler-Prämie“ erhöht werden, um die weitere Segregation nach Wohnort bei der Schulauswahl zu vermeiden. Daneben müssen die Anreize für gut laufende Schulen erweitert werden.

> **Förderung von vernetzten öffentlichen Dienstleistungen.** Die Verbesserung der Situation der am stärksten benachteiligten Kinder und Jugendlichen erfordert mehr als das Engagement von Schulen oder

Kindereinrichtungen, es geht vielmehr um alle öffentlichen Dienstleistungen. Gut dokumentiert ist beispielweise der Zusammenhang zwischen gesundheitlicher Ungleichheit, dem Erwerb von Humankapital und sozialer Mobilität. Deshalb wurde in New York das „Kinderzonen"-Modell (*children's zone*) geschaffen, das intensive Unterstützung für benachteiligte Familien in ärmeren Stadtteilen schafft.

Den Ausbau sozialer Investitionen auf Schüler aus einkommensschwachen Haushalten zu konzentrieren, wird langfristige Erfolge bringen. So hat das *Institut für Public Policy Research* (IPPR) errechnet, dass bezahlbare Kinderbetreuung die Beschäftigungsquote der Frauen und die Steuereinnahme steigen lässt.

Für solche Investitionen Steuern zu erhöhen, mag nicht populär sein, in der öffentlichen Debatte könnten jedoch zwei Grundsätze helfen. Erstens sollten zusätzliche Steuern für Wohlhabende in einen speziellen Fonds eingespeist werden, der soziale Vererbung bekämpft und Aufstiegsmöglichkeiten für besonders Benachteiligte schafft. Zweitens erkennt die besser gestellte ältere Generation, dass jüngere Menschen und Familien Unterstützung brauchen: Bescheidene Steuererhöhungen oder Leistungsoptimierung ist deshalb notwendig um inter-generationelle Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Frühe Interventionen, Familienförderung und Bildung sind keine Lösung für jedes gesellschaftliche und wirtschaftliche Problem. Dennoch ist es schwierig sich vorzustellen, dass steigende Ungleichheit und geringe Mobilität bei den unteren Einkommensgruppen ohne wirksame Interventionen bekämpft werden kann; eine Intervention, die die relative Position von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Haushalten stärkt. Bisher hat diese Dimension in der Literatur über Vor-Verteilung weitestgehend gefehlt. Es ist jedoch entscheidend, den Ansatz von sozialen Investitionen in Strategien zu integrieren, die darauf aus sind, die Ergebnisse der Vor-Verteilung zu verbessern. ▌

PATRICK DIAMOND
lehrt Politikwissenschaften an der Londoner Queen Mary Universität und ist stellvertretender Vorsitzender des Policy Network.

Übersetzung: Thomas Kralinski

SOZIALE (UN)GERECHTIGKEIT HAT VIELE GESICHTER

Die verschiedenen Ausprägungen von Armut in Deutschland — Von Theresa Damm und Ruth Müller

Seit Ende 2013 ist die Große Koalition im Amt. Das noch recht junge Bündnis hat in der laufenden Legislaturperiode vieles vor. Dabei will die „GroKo" vor allem eines sein: gerecht – chancengerecht, bedarfsgerecht, generationengerecht. So sagt es zumindest der Koalitionsvertrag. Dadurch ergeben sich für die neue Bundesregierung viele Baustellen.

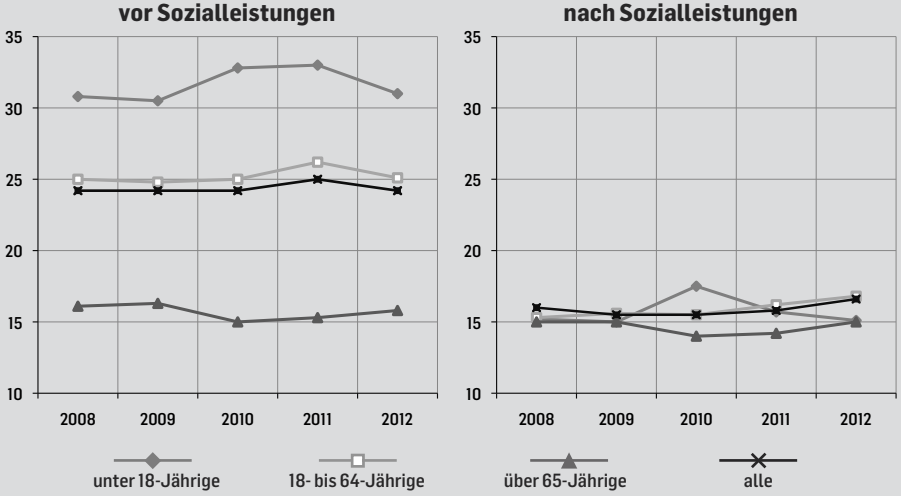
Zwischen der Lebensrealität von Viel- und Wenigverdienern, Jungen und Alten, Männern und Frauen, Ost- und Westdeutschen, Nord- und Süddeutschen, Eltern und Kinderlosen, Einheimischen und Zuwanderern oder auch fest Angestellten und Leiharbeitern liegen hierzulande oft Welten. Soziale Gerechtigkeit als politische Zielsetzung spielt für jede Bundesregierung seit 1949 eine entscheidende Rolle – nicht zuletzt durch das Sozialstaatsprinzip und das Benachteiligungsverbot im Grundgesetz. Wann jedoch soziale Gerechtigkeit in einer Gesellschaft erreicht ist, ist nicht klar definiert und liegt größtenteils im Auge des Betrachters. Als Messlatte wird häufig die Verteilung von Rechten, Möglichkeiten und Ressourcen in der Gesellschaft herangezogen. Eine starke Ungleichheit wird dabei als Hinweis auf fehlende soziale Gerechtigkeit angesehen.

Die soziale Lage in Deutschland

Insgesamt steht die Bundesrepublik gut da. Das zeigt zumindest ein Vergleich mit den anderen EU-Staaten. So sind die Einkommen hierzulande gleichmäßiger verteilt als im Schnitt der 27 Mitgliedsländer der EU: Die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung verdienen in Deutschland rund viermal so viel wie die ärmsten 20 Prozent. Im EU-27-Durchschnitt verdienen sie das Fünffache. Allerdings sind die Vermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt. Das ermittelte kürzlich

Armutsgefährdungsquoten in Deutschland nach Altersgruppen

in Prozent



Gäbe es die Sozialleistungen (hier: alle Transferleistungen außer Renten und Pensionen) nicht, läge die Armutsquote in Deutschland um fast zehn Prozentpunkte höher als es tatsächlich der Fall ist. Von den staatlichen Transfers profitieren verschiedene Altersgruppen unterschiedlich stark: Während die Sozialleistungen die Armutsgefährdung Älterer um gerade einmal einen Prozentpunkt verringern, senken sie das Risiko bei Kindern um über die Hälfte von 31 auf 15 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt

eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Demnach besitzen die reichsten zehn Prozent der deutschen Bevölkerung über 17 Jahre mindestens 217.000 Euro, während 50 Prozent der Bevölkerung über 17.000 Euro nicht hinaus kommen. Das Gefälle zwischen Reichen und weniger Reichen ist damit zwar groß – jedoch auf einem insgesamt hohen Wohlstandsniveau. 25 Prozent der Bevölkerung hingegen verfügen über keinerlei Vermögen oder haben sogar Schulden. Ein großer Teil von ihnen ist von Armut bedroht.

Als armutsgefährdet gelten Personen, denen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens in der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Beinahe ein Viertel der Menschen in Deutschland ist davon betroffen. Um materiellen Verzicht abzumildern und gesellschaftliche Teilhabe zu erleichtern, werden deshalb viele von ihnen durch den Sozialstaat unter-

stützt. Dadurch sinkt die Armutsgefährdungsquote von 24 Prozent auf 16 Prozent. Über die Armutsgefährdung hinaus sind in Deutschland viele von sogenannter sozialer Ausgrenzung betroffen. Das heißt, dass sie entweder große materielle Entbehrungen erleiden oder in Haushalten mit geringer Erwerbsbeteiligung leben. In Deutschland sind 5 Prozent von erheblicher materieller Entbehrung betroffen und knapp unter 10 Prozent leben in Haushalten mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung. Insgesamt liegt der Anteil der von Armut, sozialer Ausgrenzung oder beidem betroffenen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Deutschland deutlich unter dem EU-Durchschnitt von knapp 25 Prozent.

Sozialleistungen senken Armut

Obwohl Deutschland verhältnismäßig gut abschneidet, ist die Entwicklung der vergangenen Jahre zumindest besorgniserregend. Denn die Zahl derer, die trotz Erwerbstätigkeit von Armut gefährdet sind, steigt – von 7 Prozent im Jahr 2008 auf beinahe 8 Prozent 2012. Das hängt unter anderem mit der Veränderung der Arbeitsverhältnisse zusammen. Atypische Beschäftigungsverhältnisse wie befristete Stellen, geringfügige Beschäftigung, Teilzeit unter 20 Wochenstunden und Leiharbeit nehmen gegenüber den traditionellen Festanstellungen zu. Außerdem ist der Anteil der Sozialversicherungspflichtigen an allen Erwerbstätigen seit 1992 von 77 Prozent bis 2012 auf rund 70 Prozent gesunken.

Das regionale Gefälle

Innerhalb Deutschlands ist der Wohlstand derweil regional unterschiedlich verteilt. Denn beinahe 25 Jahre nach der Wende bleibt das Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen. Das Armutsrisiko im Osten übersteigt das westliche Niveau noch beinahe um die Hälfte, so eine Studie der Bertelsmann Stiftung von 2011. Laut Erhebungen des Statistischen Bundesamts waren 2012 etwa 20 Prozent der Ostdeutschen von Armut bedroht. In Westdeutschland waren es nur 14 Prozent. Darüber hinaus zeichnet sich ein Wohlstandsgefälle zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands ab. Rund jeder Zehnte in den südlichen Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen gilt als armutsgefährdet. In Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ist mehr als jeder Fünfte betroffen.

Individuelle Merkmale spielen hinsichtlich der Einkommens- und Aufstiegschancen eine große Rolle – vor allem das Geschlecht. Laut Statistischem Bundesamt liegt der sogenannte *Gender Pay Gap,* der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen, im Jahr 2012 bei 22 Prozent – in den neuen Bundesländern bei 8, in den alten sogar bei

24 Prozent. Allerdings arbeiten Frauen häufig in Teilzeit und seltener in hochbezahlten Berufen. Das verfälscht den Durchschnitt. Weniger stark sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern mit gleichem Bildungsabschluss oder aus ähnlichen Berufsgruppen. Der um diese Faktoren bereinigte *Gender Pay Gap* lag bundesweit zuletzt (2010) bei sieben Prozent und damit deutlich niedriger als der Gesamtdurchschnitt. Seit 2006 hat sich der bereinigte *Gender Pay Gap* sogar um einen Prozentpunkt verringert. Die Löhne von Frauen und Männern gleichen sich also langsam an.

In jedem Alter gut versorgt?

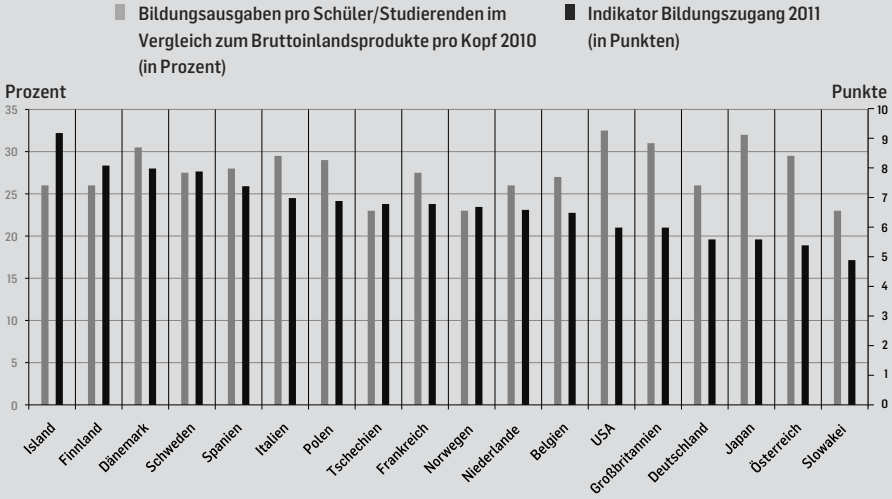
Auf besondere Weise von Armut betroffen sind Ältere und Kinder. Denn sie können ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen. Die Armutsrisikoquote von über 65-Jährigen lag 2012 bei 15 Prozent und damit leicht unter dem gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt. Darüber hinaus sind heute mit gerade einmal drei Prozent noch deutlich weniger Ältere auf staatliche Grundsicherung angewiesen als der bundesdeutsche Durchschnitt von knapp 9 Prozent. Damit Altersarmut aber auch in Zukunft nicht zu einem gesellschaftlichen Problem wird, muss die Politik die Entwicklung der bedürftigen Älteren im Auge behalten. Im Zuge des demografischen Wandels steigt die Zahl der Rentner gegenüber den Erwerbstätigen. Somit ändert sich das Verhältnis zwischen Leistungsempfängern und Beitragszahlern. Kamen in den Siebziger Jahren noch etwa drei Erwerbsfähige für einen Rentner auf, war das Verhältnis 2008 bereits auf unter drei Beitragszahler je Leistungsempfänger gesunken. Mit dem Renteneinstieg der Babyboomer wird sich die Situation voraussichtlich noch verschärfen.

Gleiche Chancen für Migranten?

Wie die Ältesten in der Gesellschaft sind auch die Jüngsten von Armut besonders betroffen. 2012 war immerhin fast jeder fünfte unter 18-Jährige von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. Mehr als jeder zehnte war armutsgefährdet. Beinahe genauso viele lebten in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung und jeder zwanzigste erlitt erhebliche materielle Entbehrungen. Kinderarmut kann weitreichende Folgen haben. In der Studie der Bertelsmann Stiftung lag Deutschland mit 5,6 Punkten beim Bildungszugang unter dem Durchschnitt der 31 untersuchten Länder. Zu groß ist hierzulande der Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds auf die schulischen Leistungen und damit auch die Aufstiegschancen der Kinder.

Bildung ist das Fundament für eine gut bezahlte Erwerbstätigkeit. Doch Migranten und deren Kinder haben häu-

Bildungszugang und Bildungsausgaben



In ihrem Bildungszugangsindikator misst die Bertelsmann Stiftung, wie stark der Bildungserfolg eines Kindes von dessen sozioökonomischen Hintergrund bestimmt wird. Darüber hinaus berücksichtigt sie bildungspolitische Ansätze zur Verbesserung des Bildungssystems und der Zugangschancen. Länder, die im Verhältnis zu ihren finanziellen Möglichkeiten am meisten in Bildung investieren, schneiden nicht zwingend auch beim Bildungszugang am besten ab: Finnland wendet im Verhältnis zur Wirtschaftskraft und der Zahl der Schüler und Studierenden genauso viel für Bildung auf wie die Bundesrepublik, erzielt aber hinter Island das OECD-weit beste Ergebnis beim Bildungszugang. Deutschland schneidet dagegen eher schlecht ab.

Quelle: Bertelsmann Stiftung und Eurostat

fig mit Armutsgefährdung, mangelndem Bildungserfolg und somit mit fehlenden Aufstiegschancen zu kämpfen. Sie haben seltener eine Ausbildung oder Abitur, so dass sie stärker gefährdet sind in die Armut zu rutschen. Die übergreifende Armutsgefährdungsrate von Menschen mit Migrationshintergrund – also von Menschen, die selbst oder deren Eltern oder Großeltern nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, lag 2011 mit fast 27 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die von Menschen ohne Migrationshintergrund (12 Prozent). Zugewanderte sind seltener erwerbstätig als Einheimische – und das unabhängig vom Bildungsniveau. Sprachbarrieren und Probleme bei der Anerkennung von Abschlüssen und Qualifizierungen erschweren ihnen häufig den Ein- oder Aufstieg am Arbeitsmarkt. Von den zwischen 2005 und 2009 Eingewanderten

im Alter zwischen 25 und 54 Jahren waren gerade einmal 57 Prozent erwerbstätig – im Vergleich zu 83 Prozent bei den Einheimischen. Sie verdienen häufig weniger als ihre einheimischen Kollegen. So lag der durchschnittliche Nettostundenlohn 2009 bei 11,38 Euro für Einheimische, für Zuwanderer jedoch nur bei 10,37 Euro. ▌

THERESA DAMM UND RUTH MÜLLER
sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

Weiterführende Literatur

Bertelsmann Stiftung (2011), Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland?

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2011), Aufbruch in die altersgerechte Arbeitswelt.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013), Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bundeszentrale für Politische Bildung (2013), Armutsgefährdungsquoten von Migranten.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2014), Vermögensverteilung. Wochenbericht 9 2014.

Gabriela Fuhr (2012), Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010, Statistisches Bundesamt.

Stephan Sievert, Manuel Slupina, Rainer Klingholz (2012), Nach Punkten vorn. Was Deutschland von der Zuwanderungs- und Integrationspolitik Kanadas lernen kann. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Statistisches Bundesamt (2013), Pressemitteilung Nr. 431 vom 17.12.2013: 19,6 % der Bevölkerung Deutschlands von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen.

Statistisches Bundesamt (2013), Pressemitteilung Nr. 108 vom 19.03.2013: Verdienstunterschiede von Frauen und Männern bleiben weiter bestehen.

Statistisches Bundesamt (n.d.), Fast jede sechste Person war 2011 armutsgefährdet.

Stefanie Wahl, Karsten Gödderz (2014), Das Wohlstandsquintett 2014. Zur Messung des Wohlstands in Deutschland und anderen früh industrialisierten Ländern, Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung

MEHR CHANCENGLEICHHEIT FÜR BENACHTEILIGTE

Ergebnisse empirischer Forschung zum Brandenburger Schüler-BAföG — Von Tilo Wendler und Tina Gillmeister

Seit seinem Inkrafttreten im Juni 2010 dient das Brandenburgische Ausbildungsförderungsgesetz (BbgAföG) der finanziellen Unterstützung bedürftiger Schülerinnen und Schüler, die den Abschluss der Allgemeinen Hochschulreife oder Fachhochschulreife anstreben, „wenn ihnen die für die Lebensunterhaltung und Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen". Mit einem Zuschuss in Höhe von 50 oder 100 Euro wird diese Förderung seit dem Schuljahr 2010/2011 umgesetzt und ermöglicht den anspruchsinnehabenden Schülern die Bezuschussung ihres Bedarfes an Schulmaterialien. Die Schaffung dieses Anreizes unterstützt somit die Möglichkeit des Besuches eines weiterführenden Bildungsweges als Alternative zur beruflichen Ausbildung. So kann sich letztlich das „Landes-Schüler-BAföG" positiv auf die soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems auswirken, indem die Förderung der Bedürftigen zu einer herkunftsunabhängigen Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten der Schüler führt, die den Besuch der Sekundarstufe II anstreben.

Das Brandenburger Modell

Die Notwendigkeit eines separaten Gesetzes auf Landesebene als Ergänzung zum Bundesausbildungsförderungsgesetz ergibt sich aus der Einschränkung, dass das „Bundes-BAföG" nur denjenigen Schülern zuteilwird, die nicht mehr im Elternhaus wohnen. Um auch die bei den Eltern lebenden Schüler aus einkommensschwachen Familien unterstützen zu können, legte die Landesregierung im April 2010 einen ersten Gesetzesentwurf zum Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetz vor. Die notwendige Kompetenz zur Gesetzgebung wurde den Ländern bereits 1983 mit dem Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung

und zur Entlastung des Bundeshaushaltes zugewiesen. Mit der damaligen Einführung der bis heute bestehenden Schranke des Bundes-BAföG, der auswärtigen Unterbringung, wurde die Notwendigkeit verdeutlicht, Leistungen auf differenzierte Empfängergruppen zu konzentrieren, wobei die Bundesregierung die individuelle Ausbildungsförderung als Sache der Länder betrachtete. Diese seien am ehesten in der Lage, über die konkreten Anforderungen einer Ausbildungsförderung zu urteilen und somit effektivere Lösungen zu entwickeln.

Keine Anrechnungen

Schon im Mai 2010 konnten die eingereichten Anträge zum Landes-BAföG im Landtag abschließend beraten werden, so dass das Ausbildungsförderungsgesetz des Landes Brandenburg am 17. Juni 2010 in Kraft getreten ist. Während in der ursprünglichen Fassung des Gesetzes noch eine Befristung der Förderungsleistung für Empfänger weiterer staatlicher Leistungen bis zum 31. Dezember 2010 vorgesehen war, konnte diese mit dem Änderungsbeschluss vom 20. Dezember 2010 aufgehoben werden. Hintergrund war die zu diesem Zeitpunkt bestehende Gefahr der Anrechnung der Landesförderung auf andere staatliche Leistungen aufgrund der anstehenden Neuregelung des Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuches. Dazu wurde die Zweckbestimmung so konkretisiert, dass die Landesförderung nur der Deckung ausbildungsspezifischer Bedarfe dient, soweit diese nicht bereits durch Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz, dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder dem Asylbewerberleistungsgesetz gedeckt sind.

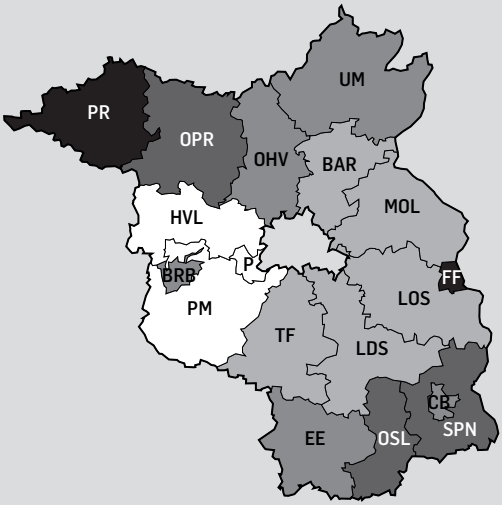
Die Brandenburgische Ausbildungsförderung unterscheidet sich von zuvor bestehenden Förderungen, wie dem BAföG, durch den Verzicht auf die Voraussetzung einer auswärtigen Unterbringung der Anspruchsberechtigten. Somit werden gerade Schüler, die nach dem Brandenburger Schüler-BAföG-Gesetz als bedürftig anzusehen sind und zudem bei ihren Eltern wohnen, von der Ausbildungsförderung des Landes Brandenburg begünstigt.

Einfacher Zugang

Auch für Empfänger von Sozialleistungen wird ein möglicher Anspruch auf Landesförderung durch die Zweckbestimmung der Förderung gesichert. Durch die konkrete Festlegung des Zweckes auf ausbildungsspezifische Bedarfe, die nicht u.a. über das SGB II gedeckt sind, wird bei dem Erhalt von zusätzlichen staatlichen Leistungen nach § 6 Abs. 2 BbgAföG ein Anrechnen der Förderung auf diese verhindert, so

Soziale Landkarte Brandenburg

Bewilligungen im Verhältnis zur Anzahl der Berechtigten in der Gymnasialen Oberstufe bzw. Fachoberschule im Schuljahr 2012/13



- 8,9% bis unter 16%
- 16% bis unter 18%
- 18% bis unter 21%
- 21% bis unter 25%
- 25% bis unter 40%

dass auch hier erneut das Ziel von mehr Chancengleichheit und -gerechtigkeit deutlich wird. So können beispielsweise Kosten für die Inanspruchnahme von Lernförderung gedeckt werden, auch wenn keine konkrete Versetzungsgefährdung vorliegt. Auch die Teilhabe der Schüler am sozialen und kulturellen Leben kann als Verwendungszweck für die Landesförderung dienen. Zugleich erhalten Antragsteller für Landesförderung, die zugleich staatliche Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz, Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, einen vereinfachten Zugang, da in diesen Fällen die erneute Bedarfsermittlung für das Landes- BAföG entfällt und die zusätzliche Förderung gezahlt wird.

Die Besonderheiten dieses Gesetzes dienen darüber hinaus auch als klares Alleinstellungsmerkmal Brandenburgs unter den Bundesländern. Es gibt in keinem anderen Land eine Ergänzung zum BAföG, welches die Ziele und den Umfang des Brandenburger Schüler-BAföGs vergleichbar fördert. So wurde in Hessen zwar ein Entwurf zum Hessischen Ausbildungsförderungsgesetz diskutiert, welcher in starker Anlehnung an das Brandenburger Modell verfasst wurde. Jedoch ist dieser 2011 wieder zurückgezogen worden, wodurch das brandenburgische Äquivalent weiterhin einzigartig bleibt.

Antragsteller im Schuljahr 2012/2013 nach Kreisen

	Anträge für das Schuljahr	
Kreis	**2012/2013**	**davon bewilligt**
Brandenburg an der Havel	75	66
Cottbus	111	104
Frankfurt (Oder)	125	117
Potsdam	131	118
Barnim	160	147
Dahme-Spreewald	168	155
Elbe-Elster	111	107
Havelland	126	115
Märkisch-Oderland	164	154
Oberhavel	232	207
Oberspreewald-Lausitz	135	121
Oder-Spree	177	163
Ostprignitz-Ruppin	138	126
Potsdam-Mittelmark	92	86
Prignitz	136	124
Spree-Neiße	120	114
Teltow-Fläming	168	155
Uckermark	131	122
Summe	**2.500**	**2.301**

Quelle: MWFK

Zur Untersuchung der Wirkungen des Gesetzes wurden verschiedene Ansätze gewählt. Sekundärstatistische Datenerhebungen wurden genutzt, um einen Überblick über die Anzahl der betroffenen Schülerinnen und Schüler zu erhalten und das allgemeine Übergangsverhalten zu untersuchen. Diese Informationen wurden durch eigene Erhebungen von Daten quantitativer und qualitativer Art ergänzt. In Interviews mit Mitarbeitern der Ämter für Ausbildungsförderung wurden die Umsetzung des Gesetzes sowie die dabei möglicherweise auftretenden Probleme thematisiert. Zudem fand im Zeitraum von Januar 2013 bis März 2013 eine schriftliche Befragung der Leistungsbezieher statt.

Aus den amtlichen Schulstatistiken ergibt sich, dass im Schuljahr 2012-13 insgesamt 2.500 Anträge auf Schüler-BAföG eingingen, 2.301 wurden bewilligt, 199 abgelehnt. Die Abbildung auf

Seite 43 zeigt die Anzahl der Bewilligungen für das Schüler-BAföG im Verhältnis zu den potentiell berechtigten Schüler, die Abitur oder Fachabitur in der gymnasialen Oberstufe bzw. an der Fachoberschule anstreben.

Insgesamt erhielten 97,4 Prozent der Beziehenden die Höchstförderung von 100 Euro Schüler-BAföG monatlich, was einer Schülerzahl von 2.242 entspricht. Die verbleibenden 2,6 Prozent, insgesamt 59 Förderungsempfänger, erhielten 50 Euro nach dem Landesausbildungsförderungsgesetz und stellen damit einen verhältnismäßig geringen Anteil an den gesamten Förderfällen.

Das Gymnasium dominiert

Beachtenswert ist, dass 1.117 Familien aufgrund der sog. gesetzlichen Vermutung der finanziellen Bedürftigkeit gefördert wurden. Dies bedeutet, dass sie zum Beispiel aufgrund des Erhalts von Wohngeld, SGB II und XII oder Kinderzuschlag „automatisch“ auch die Förderung nach dem Brandenburger Schüler-BAföG-Gesetz erhalten.

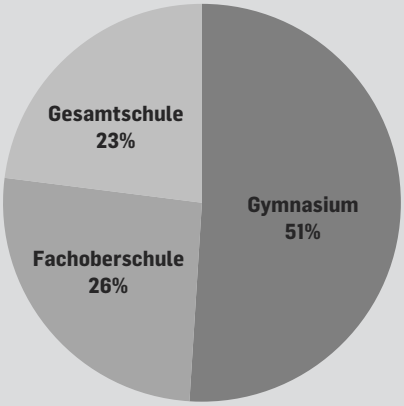
Mit circa 51 Prozent der Gesamtanzahl von den mit 100 Euro geförderten Schülern repräsentiert das Gymnasium die überwiegend besuchte Schulart. Mit etwa 26 Prozent folgen danach die Fachoberschulen und die Gesamtschulen mit einem Anteil von 23 Prozent. Eine interessante Erkenntnis, die hinsichtlich der Durchlässigkeit des brandenburgischen Schulsystems auch für sozial benachteiligte Familien Gegenstand weiterer Untersuchungen sein könnte.

Die Vergabe der Förderung erfolgt auf Antrag oder aufgrund gesetzlicher Vermutung durch die Ämter für Ausbildungsförderung. Hier durchgeführte Interviews mit Sachbearbeitern ergaben die folgenden wesentlichen Erkenntnisse. Deutlich wurde in den Gesprächen die noch immer unzureichende Kenntnis der potenziellen berechtigten Familien über die Möglichkeit, die Landesförderung zu erhalten. Daraus resultierend ergibt sich bei den Beratungsgesprächen die Notwendigkeit über die verschiedenen Ausbildungsförderungsmöglichkeiten sowie deren Voraussetzungen und Höhe, insbesondere aber auch die Nichtanrechnung auf andere Sozialleistungen, grundlegend aufzuklären.

Schnelle Behörden

Als Hauptprobleme bei der Beantragung der Leistung kristallisierten sich insbesondere die Schwierigkeit der Einreichung der korrekten besonderen Schulbescheinigung sowie die notwendige Offenlegung der Einkünfte bei getrennten oder getrennt lebenden Elternteilen heraus. Bei letzteren werden teilweise die Einkommensangaben verweigert und müssen aufwändig mit weiteren Maßnahmen eingefordert werden. Dies

Anteil der Förderfälle mit 100 Euro monatlich nach Art des Abschlusses



wirkt sich nachteilig auf die ansonsten sehr kurze Bearbeitungsdauer der Anträge von zwei bis vier Wochen aus. Die befragten Sachbearbeiter äußerten, dass auch in Gesprächen mit den geförderten Familien der Eindruck eines zweckmäßigen Einsatzes der Mittel, wie vom Gesetzgeber angedacht, für die Anschaffung schulrelevanter Hilfsmittel erfolgt. Anhaltspunkte für Zweckentfremdung der Mittel liegen trotz nicht erforderlichem Verwendungsnachweis nicht vor.

In der Untersuchung wurden ebenfalls alle volljährigen Leistungsempfänger sowie bei Minderjährigkeit deren Eltern befragt. Insgesamt wurden knapp 2.100 Personen angeschrieben, von denen über 850 antworteten. Das entspricht einer Rücklaufquote von 41 Prozent. Die Höhe der Rücklaufquote zeigt damit zum einen ein deutliches Interesse der Befragten an der Teilnahme sowie der Abgabe einer Bewertung zur Ausbildungsförderung sowie zweitens die Ziel- und Passgenauigkeit der Umfrage. Hier sollen die wichtigsten Ergebnisse der Befragung dargestellt werden. Für weitere Details sei auf den öffentlich zugänglichen Untersuchungsbericht verwiesen.

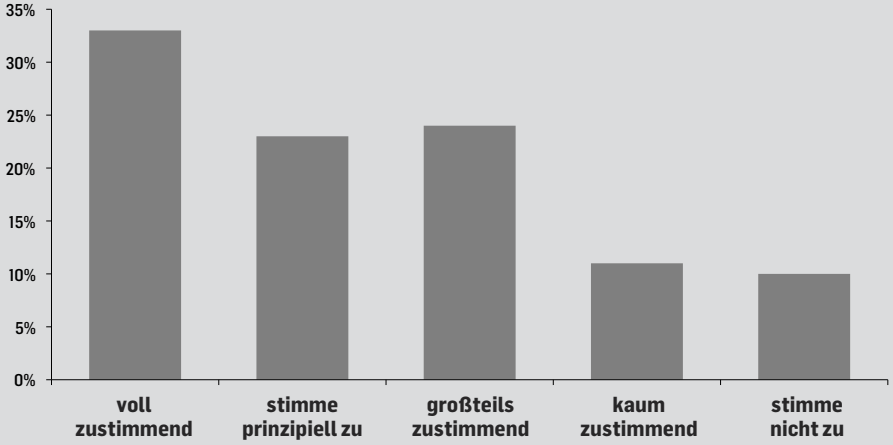
Positive Antworten

Trotz der möglicherweise zu erwartenden Forderungen nach einer Anhebung des Fördersatzes, gerade unter Betrachtung der regelmäßigen Notwendigkeit des Erwerbs von (teuren) Unterrichtsmitteln, gab es mit 32,6 Prozent (volle Zustimmung) und 23,0 Prozent (prinzipielle Zustimmung) eine sehr breite Akzeptanz der aktuellen Höhe des Schüler-BAföGs von 100 Euro monatlich.

Diese grundlegend positive Aussage wird weiterhin dadurch untermauert, dass 50,6 Prozent der Befragten angaben, mit Hilfe der Förderung eine Ausbildung zu absolvieren, die sie ohne Förderung nicht hätten wahrnehmen können bzw. die durch die Förderung deutlich vereinfacht worden seien.

Zudem kann man zur Untermauerung dieses positiven Trends die Antworten

Bewertung zur ausreichenden Höhe der Förderung



auf die Frage nach dem geweckten Interesse an einer weitergehenden Ausbildung, wie zum Beispiel einem Studium, hinzufügen. Auch hier zeigt sich erfreulicherweise, dass 74,6 Prozent der befragten Schüler angaben, dass sie deshalb nun auch eine weiterführende Ausbildung in Betracht ziehen.

Hohe Zufriedenheit

Diese Ergebnisse sind zwar zurückhaltend zu interpretieren, da ein Wegfall einer Förderung von 100 Euro monatlich (hoffentlich) nicht zu einer Verweigerung gegenüber des weiteren Bildungsweges führen würde. Dennoch kann die Anzahl von ca. 330 Familien, die angaben, dass der Besuch der fortbildenden Schulen sonst problematischer wäre, die deutlich positive Wirkung des Gesetzes und die bewusste Wahrnehmung bei den Geförderten unterstreichen.

Die Ergebnisse dieser und weiterer Untersuchung zeigen positive Effekte auf die Beeinflussung der Bildungsbiografie von Kindern – soweit diese noch bei ihren Eltern wohnen – aus sozial benachteiligten Familien. Diesen erleichtert es nach eigenen Angaben in vielen Fällen den Zugang zu Bildungsgängen, die zur allgemeinen Hochschulreife oder zur Fachhochschulreife führen. Das breit ausgeprägte positive Feedback äußert sich insbesondere in der Tatsache, dass die Hälfte der Befrag-

ten bestätigte, ihre schulische Ausbildung ohne diese Förderung nicht absolvieren zu können.

Entsprechend positiv ist auch die Zufriedenheit der befragten Schüler-BAföG-Empfänger mit der bisherigen Förderungshöhe sowie eine veränderte Grundhaltung der geförderten Schüler insoweit, als diese aufgrund der bereits erhaltenen Förderung eine weiterführende Ausbildung weitestgehend in Betracht ziehen. Auch ist ein Großteil der geförderten Schüler mit den Prozessen der Antragsstellung, der Beratung durch die Ämter für Ausbildungsförderung sowie der Bearbeitung der Anträge zufrieden.

Positive Effekte

In Anbetracht der aktuellen Sachlage, dass es derzeit auch keine rechtlichen Schwierigkeiten bei der Anwendung des Gesetzes in der Praxis gibt, kann lediglich Handlungsbedarf auf organisatorischer Ebene identifiziert werden. Zum einen sollte auf eine bessere Informationsverbreitung zur Möglichkeit der Antragstellung für benachteiligte Familien hingearbeitet werden. Damit könnten weitere positive Effekte, wie beispielsweise die Minderung der Folgen des demografischen Wandels bei der Anzahl der Fachkräfte sowie hinsichtlich der Chancengleichheit sozial benachteiligter Familien im Bildungsbereich erzielt werden. Die von den Autoren der Studie ausgesprochene Befürwortung einer Erhöhung des Förderungssatzes auf ein einheitliches Niveau von 100 Euro wurde im Herbst 2013 bereits von der Regierungskoalition in Brandenburg aufgegriffen.

Mit dem Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetz hat die Landesregierung aus Sicht der Befragten einen positiven Beitrag auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit sozial benachteiligter Familien geleistet. Geringfügige Optimierungen bei der Anwendung des Gesetzes könnten dessen Reichweite weiter erhöhen. ▌

PROF. DR. TILO WENDLER
ist Professor für Quantitative Methoden an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

TINA GILLMEISTER
ist Masterstudentin bei der IBM Deutschland GmbH

Dem Text liegt eine wissenschaftliche Untersuchung der Umsetzung und Wirkung des Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetzes sowie ein Bericht im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg aus dem Jahr 2013 zugrunde. Dieser ist im Internet frei verfügbar.

WAHRE HELDINNEN

Über Brandenburger Reichtum, Familienpaten und den Erfolg der Netzwerke Gesunde Kinder sprach Thomas Kralinski mit **Simone Weber-Karpinski**

PERSPEKTIVE21: **In den Jahren 2005/2006 sind die ersten Brandenburger „Netzwerke Gesunde Kinder" entstanden. Gleichzeitig gab es damals eine Reihe tragischer Fälle von Kindeswohlgefährdung. Waren sie der Anlass für die Netzwerke?**

SIMONE WEBER-KARPINSKI: Nein, die Idee zu den Netzwerken trugen wir schon eine ganze Weile mit uns herum. Wir waren der Auffassung, dass es ein Jugendhilfesystem gibt, das bei Kindeswohlgefährdungen strukturell gut aufgestellt ist. Trotzdem kommt es leider immer wieder zu extremen und sehr schwierigen Einzelfällen. Da haben wir für uns aber keinen Handlungsansatz gesehen. Wir haben uns aber im Gegensatz dazu gefragt: Wie können Kinder in einer so guten Beziehung aufwachsen, dass gleichzeitig auch die Eltern Wertschätzung und Hilfe bekommen, die ihre Aufgaben jeden Tag gut meistern und es außerdem nicht zu belastenden Situationen für Familien kommt. Und wie gelingt es, dass Kinder in guten Beziehungen gesund aufwachsen können.

Und zu welchen Schlussfolgerungen kommt man da?

Das Problem ist, die Vernetzung unterschiedlicher Systeme hinzubekommen – also zum Beispiel von Gesundheit und Jugendhilfe oder auch Bildung. Diese Bereiche sind in Deutschland strikt voneinander getrennt und man ist immer auf Menschen mit viel gutem Willen angewiesen ist. Das ist unnötig problematisch. Das Jugendamt spricht nicht systematisch mit dem Gesundheitsamt oder mit dem Sozialamt und schon gar nicht mit den unterschiedlichen Gesundheitsbereichen wie Kinderarzt, Gynäkologen oder Geburtshilfe. Die Gesetzgebung und die öffentlichen Strukturen sind also nicht an die Biografie, sondern an Aufgabenschwerpunkte gekoppelt.

Gesund sein allein reicht nicht

Und wie kann man das aufbrechen?

Unser Ziel war ein „Netzwerk" – der Begriff war damals noch nicht so verbreitet wie heute. Die Grundidee ist, eine „Horizontale" durch die Verwaltungsstruktu-

ren hindurch hinzubekommen. Das war die erste wichtige Säule, nämlich dass kommunale Strukturen verpflichtend fachübergreifend zusammenarbeiten. Die zweite Säule ist das Ehrenamt. Denn wir brauchen den direkten Kontakt zur Familie. Wir wollten erreichen, dass zum Beispiel alle Informationen bei den Familien gebündelt ankommen. Und dazu ist jemand nötig, der das transportiert – wenn man so will Verbündete oder Paten, die gute Ratschläge geben. Und so haben wir das Ehrenamt kombiniert mit einer veränderten staatlichen Struktur und das Ganze immer kommunal orientiert. Die Brücke zwischen diesen beiden Säulen sind die so genannten Gruppenleiter, die jeweils als professionelle Ansprechpartner für die Ehrenamtler arbeiten. Das sind beispielsweise Physiotherapeuten, Ergotherapeuten oder Menschen aus der Frühförderung oder dem Krankenhaus.

Welche Effekte hatte das für die Kinder?

Gute Kinderärzte können kranke Kinder sicherlich gesund machen, spüren aber auch, dass Probleme nicht gelöst sind. Es geht dabei gar nicht darum, ob ein Kind misshandelt wird. Häufig kann ein Arzt mit Erfahrung schon kurz nach der Geburt sehen, ob die Bindung zwischen Mutter und Kind stimmt. Ob Eltern eine körperliche Beziehung zu ihrem Kind aufbauen, ob sie intensiven Blickkontakt mit ihrem Baby haben. Klar könnte man im Krankenhaus zur Mutter gehen und ihr sagen, man habe das Gefühl, dass sie keine gute Bindung zu ihrem Kind habe. Nur: Das funktioniert nicht, das ist belehrend. In dem Augenblick, wo es zu Krankheiten oder Übergriffen kommt, hat man Interventionsmöglichkeiten. Aber wie kann man präventiv agieren, wie kann man – bevor es zu spät ist – helfen und unterstützen? Diese Frage wollten wir beantworten. Mit der direkten Beratung der jungen Familien konnten wir nun individuell die Bedürfnisse beachten. Eine Familie, die zum Beispiel Rat zur Sprachentwicklung ihres Kindes braucht, holt sich bei der Patin die notwendigen Informationen im direkten Kontakt. Andere Mütter haben Sorgen im so genannten „Trotzalter“ ihres Kindes. Dann können sie sich die Weiterbildung zu diesem Thema in der zum Netzwerk gehörenden Elternakademie kostenfrei aussuchen.

Ob arm oder reich ist egal

Schlagen sich soziale Probleme, Arbeitslosigkeit oder Zukunftsfrustration auf die Beziehungen von Eltern zu ihren Kindern nieder?

Wenn das der einzige Grund für Probleme wäre, gäbe es in manchen Ländern der Dritten Welt keine einzige glückliche Mutter. Nein, es läuft nicht nach dem Muster: Wer arm ist, kann keine gute Mutter oder

kein guter Vater sein. Es gibt unendlich viele sogenannte „sozial Schwache“, die eine wundervolle Beziehung zu ihren Kindern haben. Aber es gibt genauso auch Menschen, denen es wirtschaftlich sehr gut geht, die aber auch Schwierigkeiten mit ihrem Kind haben.

Ein Netzwerk für alle

Wie ist die Idee zur Schaffung eines Netzwerkes quer zu den bestehenden Strukturen aufgenommen worden? Waren die Widerstände sehr groß?
Die Netzwerkgründung war eine sehr spannende Geschichte. Ich denke, der Erfolg kam gerade deshalb sehr schnell, weil die Gründungsväter und -mütter alle dasselbe Ziel hatten, obwohl sie aus unterschiedlichen „Welten“ kamen. Zum einen aus der Welt des öffentlichen Dienstes. Dadurch war klar, wie öffentliche Einrichtungen denken und arbeiten. Zum anderen aus dem Gesundheitssektor, wo ein Kinderarzt Gesundheitszustände genau kennt und weiß, wie sie zustande kommen und worin sie begründet sind. Aus diesen unterschiedlichen Positionen heraus haben wir nach konkreten Lösungen gesucht. Ein Vorteil bei uns in Oberspreewald-Lausitz war, dass im Zentrum des Netzwerkes ein kommunales Krankenhaus mit sehr gutem Ruf steht. Wir als Verantwortliche im Krankenhaus konnten so zu den Partnern vor Ort gehen und beraten, welche Strukturen für frühe Hilfen die bestmöglichen wären. Dabei gab es viel Unterstützung vom Jugend- und Gesundheitsamt, aber auch aus der Bürgerschaft. Wir haben viel mit den Betroffenen gesprochen, hinzu kam eine starke Unterstützung durch die Landesregierung. Insgesamt gab es keine großen Widerstände. Einzig mit den niedergelassenen Kinderärzten hatten wir anfangs nicht genügend Kommunikation.

Warum?
Eigentlich nahmen wir an, das seien sowieso unsere Verbündeten. Aber es gab viel Skepsis. Zum einen, weil man vielleicht dachte, da kommen jetzt Leute, die meinen, sie könnten alles besser. Und zum anderen, weil wir von Anfang an mit ehrenamtlichen Paten arbeiten wollten. Ich hatte für die Widerstände viel Verständnis, vielleicht hätte ich auch so reagiert. Aber man darf nicht so schnell aufgeben und muss dann gut zuhören und auf die konkreten Bedenken eingehen.

Hat sich die Struktur des Netzwerkes in den vergangenen acht Jahren verändert?
Nein, die Grundstruktur gar nicht.

Sind Partner hinzukommen oder sind welche ausgestiegen?
Verbesserungen hat es immer wieder gegeben. Zu Beginn hatten wir die Rolle

der Schwangerschaftskonfliktberatung deutlich unterschätzt, die haben wir jetzt enger eingebunden. Auch hatten wir die Rolle von Kindergärten nicht bedacht, wir konnten am Anfang nicht genau abschätzen, wie viele der unter 3-jährigen Kinder schon in einer Kita sind. Wir haben Qualitätsstandards entwickelt und veranstalten jährlich einen großen Fachtag. Dort stellen sich die Partner vor und berichten aus ihrer Arbeit. Auch tauschen sich die verschiedenen Brandenburger Netzwerke Gesunde Kinder untereinander aus. Die Grundstruktur ist erfolgreich und – auch deshalb – nicht verändert worden. Gleichwohl merken wir natürlich, dass die Koordinatoren der Netzwerke eine sehr große Verantwortung haben. Sie pflegen die Netzwerkstruktur, kümmern sich um die Paten, um Patenweiterbildung, koordinieren die verschiedenen Partner. Die Arbeit der Koordinatoren ist unschätzbar. Für ihre Arbeit muss in Zukunft auch mehr Geld bereitgestellt werden, damit die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure weiter verbessert werden kann.

Die Teilnahme am Netzwerk Gesunde Kinder ist für die Eltern freiwillig. Was sind das für Familien, die teilnehmen?
Sie kommen aus allen sozialen Schichten. Das war und ist uns besonders wichtig. Nach unserem Modell wollten wir ein Netz schaffen, dass nicht problemorientiert ist, sondern universell alle anspricht. Dazu muss man von Beginn an die Vorteile des Netzwerkes in den Mittelpunkt stellen: Informationen über Angebote in der Region, tolle Anreizgeschenke, kostenlose Elternakademien, einen ständigen Begleiter, den man bei Problemen immer fragen kann. Die Geschenke spielen als Anreiz, dem Netzwerk beizutreten, eine wichtige Rolle. Wir wollten, dass sie hochwertig sind – und wir sind den vielen Sponsoren auch dankbar, dass wir das realisieren können. So gibt es bei uns zum Beispiel eine Kinderschuhberatung mit Gutschein für ein Paar gesunde Schuhe, einen tollen Schlafsack oder einen Rucksack, wenn die Kinder in den Kindergarten gehen.

Vertrauen ist die Basis

Wie viele der Familien mit neugeborenen Kindern nehmen denn in Senftenberg und Lauchhammer am Netzwerk teil?
Im Barnim und im Havelland haben wir Quoten zwischen 30 und 40 Prozent, in ganz Brandenburg von 20 Prozent. In Oberspreewald-Lausitz haben wir mittlerweile eine Reichweite von 40 Prozent. Das ist sensationell, es gibt in keinem anderen Bundesland ein Netzwerk früher Hilfen mit einer ähnlich hohen freiwilligen Teilnahmequote.

Sollte es denn bei der Freiwilligkeit bleiben oder wäre es nicht besser,

Netzwerke dieser Art wären verpflichtend und haben dann auch eine größere Reichweite?
Ich glaube der Erfolg der Netzwerke liegt auch darin, dass die Teilnahme daran freiwillig ist. Etwas mehr Werbung – auch von Seiten der Politik – wäre sicher gut und würde die Reichweite sicherlich erhöhen. Entscheidend ist jedoch etwas anderes: Das Netzwerk Gesunde Kinder basiert auf Vertrauen und ehrenamtlichem Engagement. Ich befürchte, genau das würde uns verloren gehen, wenn die Teilnahme am Netzwerk verpflichtend wäre. Das würde den Charakter der Netzwerke verändern – von Unterstützung hin zu Kontrolle. Und Kontrolle ist gerade nicht der Antrieb des Netzwerkes. Die ehrenamtlichen Paten gehen nicht nach Hause zu den Familien, um zu schauen, ob jemand raucht, Katzen hält oder sich nicht ordentlich um sein Kind kümmert. Niemand soll sich belehren lassen müssen. Die Akzeptanz des Netzwerkes ist gespeist durch die Unterstützung und Hilfe, die die Paten den Eltern anbieten.

Die Paten sind das innovative Element in diesem Netzwerk früher Hilfen. Wie kommt man auf die Idee, Ehrenamtler in ein solch sensibles Thema einzubauen?
Eben weil es so sensibel ist und man so auch Vertrauen schaffen kann, denn hier ist es gerade nicht der Staat, der sich um Kinder und Familien kümmert. Uns war aber auch von Anbeginn klar: Wenn wir ehrenamtliche Paten einsetzen, müssen wir sie intensiv schulen. Selbst der „schlechteste“ Pate darf nicht schaden. Die Schulungen haben wir standardisiert, die Paten arbeiten zum Beispiel mit Checklisten, die an das Lebensalter der Kinder angepasst sind und wichtige Gesundheitsthemen beinhalten.

Eine neue Normalität

Wo kommen die Paten her?
Wir haben in Oberspreewald-Lausitz derzeit 120 im Einsatz, ausschließlich Frauen. Sie sind in über 600 Familien aktiv. Am Anfang haben sich die Paten nach Berichten in der Presse oder im Fernsehen gemeldet. Heute sind viele selbst Patinnen, die vorher nutznießende Mütter waren. Die meisten Patinnen sind zwischen 40 und 50 Jahre alt, stehen mitten im Leben, die ersten Kinder sind bereits aus dem Haus. Immer wenn wir 20 bis 25 neue Paten zusammen haben, werden sie ausgebildet. Das ist ein straffes Programm von 40 Stunden. Einige sind für das Netzwerk schon viele Jahre aktiv, manche betreuen gleichzeitig vier bis fünf Kinder. Das sind wahre Heldinnen.

Verändert ein solches Netzwerk für Familien das Klima in der Region?
Ganz klar: Ja. Das Netzwerk ist Normalität geworden. Es gibt kaum eine öffent-

liche Veranstaltung, wo nicht für das Netzwerk gespendet wird. Die Paten erfahren eine unglaubliche Wertschätzung. Das ganze Thema Fürsorge und Kinderschutz ist viel breiter verankert. Das ist der größte Wert für unsere Gesellschaft.

Wie das Netzwerk wächst

Gibt es denn jenseits von Brandenburg Nachahmer?
Ja, wir haben das Projekt in Rheinland-Pfalz vorgestellt. In Dresden wird ein solches Netzwerk rund um die Uni-Klinik sehr professionell betrieben. Meist wird am Anfang unterschätzt, wie groß der Aufwand ist, eine ehrenamtliche Struktur aufzubauen und anzuleiten. Das geht nicht von allein und bedarf professioneller Vorbereitung.

Sind denn Kinder, die in den Netzwerken waren, gesünder als andere? Kann man das in Zahlen ablesen?
Die ersten Evaluationsergebnisse lassen das tatsächlich vermuten. „Netzwerkkinder“ sind besser durch Impfungen geschützt und nehmen stärker an Vorsorgeuntersuchungen teil. Mein Eindruck ist auch, dass Kinder aus Netzwerken tendenziell etwas besser bei Sprachfähigkeit oder anderen kognitiven Eigenschaften abschneiden. Es ist aber auch so, dass wir mehr Fälle in der Familienbegleitung haben – und zwar weil wir durch das Netzwerk Familien erreichen, die sonst nie Hilfen vom Jugendamt angenommen hätten. Mit einer Patin als Mittler funktioniert das.

Das Netzwerk Gesunde Kinder ist ausgerichtet auf Kinder bis zum Alter von drei Jahren. Sollte man das Netzwerk nicht über diese Grenze hinaus entwickeln oder müssen Familien dann schlicht allein klarkommen?
Wir diskutieren diese Frage seit einem Jahr bereits intensiv. Die meisten Eltern würden sicherlich sagen, es müsste weitergehen. Und es gibt auch Paten, die über das dritte Lebensjahr hinaus auch für „ihre“ Familien da sind. Gleichwohl ist eine Ausdehnung des Netzwerkes über das dritte Lebensjahr der Kinder hinaus im Rahmen der bisherigen Struktur nicht zu leisten. Allerdings haben wir über das Netzwerk Gesunde Kinder hinaus Angebote entwickelt, um Eltern stärker zur Seite zu stehen. Dazu gehören Familienstammtische, Themengruppen und weiterführende Angebote in der bereits bestehenden Elternakademie.

An welcher Stelle müssen die Netzwerke weiterentwickelt werden?
Wir müssen stärker als bisher bestimmte Wirkmechanismen der Gesundheitsentwicklung in unser Alltagswissen übertragen. Die Wissenschaft zum Beispiel sagt: Kinder sollten die ersten festen Schuhe erst dann tragen, wenn sie

wirklich laufen können. Aber das ist zu wenig im Alltag präsent. Die Netzwerke können einen Beitrag leisten, solches Wissen systematisch zu verbreiten. Strukturell brauchen die Netzwerke eine starke kommunale Vernetzung und einen großen institutionellen Träger wie ein Krankenhaus – ohne die geht es nicht. Sinnvoll wäre eine Bezuschussung durch die Krankenkassen, denn die profitieren langfristig am stärksten. Und viertens braucht es mehr Klarheit in allen Ministerien und Verwaltungen – viele wissen noch immer nicht oder nicht genug über die Netzwerke. Unser Land kann sehr stolz sein auf Menschen, die sich sozial engagieren, Ideen entwickeln, die Welt verändern wollen. Ich verstehe gar nicht, warum es immer heißt, Brandenburg sei ein armes Land. Wir sind nicht arm, jedenfalls nicht an Geist und auch nicht an Herz. Wir müssen nur beides mehr nutzen.

Vielen Dank für das Gespräch.

SIMONE WEBER-KARPINSKI
ist Geschäftsführerin des FamilienCampus Lausitz in Klettwitz und Mitbegründerin des „Netzwerkes Gesunde Kinder“ in Lauchhammer und Senftenberg.

TÜRÖFFNER IN EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

Wie ein neues Projekt gegen Fachkräftemangel für neue Chancen von Jugendlichen sorgt — Von Wolfgang Schroeder

Schon seit vielen Jahren ist in Deutschland die Zahl der Studierenden deutlich höher als die der Auszubildenden. Gegenwärtig stehen bundesweit rund 1,43 Millionen Auszubildende 2,2 Millionen Studierende gegenüber. Neu ist dabei folgendes: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik haben sich 2013 nach dem Schulabschluss mehr junge Menschen für ein Fach- oder Hochschulstudium als für eine berufliche Ausbildung entschieden. Wenn man weiß, dass Hochschulabsolventen im Schnitt ein höheres Lebenseinkommen erzielen, seltener arbeitslos werden, interessantere und einflussreichere Positionen innehaben und auf eine längere Lebenserwartung hoffen dürfen, dann kann man nur sagen: Genau so ist es gut.

Zudem folgt die Bundesrepublik mit dem jetzt erkennbaren Trend endlich den seit Jahr und Tag lautstark formulierten Appellen der OECD: Schickt mehr Jugendliche an die Hochschulen, erhöht die Akademikerquote! Doch ist dies wirklich eine so eindeutig positive Entwicklung, dass sie gänzlich unwidersprochen bleiben kann? Ich meine nein!

Denn unsere Leistungsstärke, Innovationskraft und unser Reichtum basiert nach wie vor in starkem Maße auf einem funktionsfähigen System beruflicher Ausbildung im Kontext des dualen Systems. Die beruflichen Qualifikationen bilden gegenwärtig und mittelfristig das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Die Akademikerquote in der Wirtschaft liegt bei rund 25 Prozent.

Der Vorteil der dualen Ausbildung

Jetzt machen wir uns auf, eine 50-prozentige Akademikerquote zu erreichen. Selbst wenn es denkbar ist, dass der Anteil akademisch zertifizierter Menschen in den Betrieben und Verwaltungen weiter steigt, so stellt sich doch die Frage: Was bedeutet dies für die Quantität und Qualität der beruflichen Ausbildung? Interessant ist dabei, dass sich auch der Wissenschaftsrat diese Frage

gestellt hat und sich dafür ausgesprochen hat, dass mehr getan werden müsse, um die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu erhöhen.

Also reden wir über die duale Ausbildung. Ihr unbestechlicher Vorteil besteht in der engen Verknüpfung zwischen theoretischem Lernen an den Berufsschulen und der praktischen Arbeit im Betrieb. Dies ermöglicht es den Unternehmen, ihren Fachkräftenachwuchs praxisnah auszubilden, und setzt Anreize für eine bedarfsgerechte Berufsausbildung. Den Auszubildenden sichert sie eine hohe Wahrscheinlichkeit bei der Übernahme in Beschäftigung und ermöglicht so einen Berufsstart im Sinne eigenständiger Lebensführung und gesellschaftlicher Teilhabe.

Obwohl wir gerade in den letzten Jahren von immer mehr Ländern wegen dieses dualen Systems beneidet werden, mithin eine internationale Vorreiterrolle einnehmen, lassen sich einige grundlegende Probleme nicht ignorieren. Dabei ist auch zu sehen, dass der Attraktivitätsverlust der beruflichen gegenüber der akademischen Ausbildung auch das Ergebnis eines längerfristigen kulturellen Prozesses ist, der vermutlich kurzfristig nicht verändert werden kann.

Aber genauso offensichtlich ist, dass die Weichen jetzt anders gestellt werden müssen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass infolge der in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangenen Geburtenzahl die Konkurrenz zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung in starkem Maße wächst. Wenn immer mehr junge Menschen an die Hochschulen gehen, dann stehen den Betrieben weniger leistungsstarke Kräfte zur Verfügung. Verschärft wird die Lage dadurch, dass in einzelnen Berufen die Anforderungen wegen einer technik- oder prozessgetriebenen Komplexitätszunahme deutlich zugenommen haben.

Zu viele Azubis brechen ab

Verschärft wird die Lage durch solche Jugendliche, die von ihren kognitiven, sozialen und motivationalen Voraussetzungen durch die Betriebe schwerer integrierbar geworden sind. Wobei ursächlich für diese Integrationsproblematik vielfach weniger die erodierende Kompetenzsubstanz der Jugendlichen ist als vielmehr die zum Teil dramatischen Veränderungen in den Betrieben. Einige markante Zahlen sprechen dafür, dass es sich bei diesem Integrationsproblem nicht einfach um altväterliche Wahrnehmungen und Hinweise handelt, die der Logik des „früher war alles besser“ folgen.

Eine so hohe Zahl von Auszubildenden wie noch nie löste das Ausbildungsverhältnis binnen eines Jahres auf. Hinzu kommen jene, die die Abschlussprüfung nicht erfolgreich durchlaufen. Während im Bundesgebiet die Vertrags-

auflösungsquoten 2012 bei 24,4 Prozent lagen, fiel der Wert in Brandenburg mit 29,2 Prozent deutlich höher aus. Daneben kapitulieren viele Betriebe vor ausbildungsschwachen Jugendlichen und verzichten gänzlich darauf weiter auszubilden. So bilden in Deutschland insgesamt nur noch 20 Prozent aller Betriebe überhaupt aus. Da diese Problemlagen in den neuen Ländern besonders gravierend sind, gilt dies auch für den damit einhergehenden Handlungsbedarf.

Sicherlich, die Bundesagentur für Arbeit, die Landesregierungen, die Kommunen, die IHKs, aber auch die Sozialpartner, Wohlfahrtsverbände und Stiftungen haben diese Probleme längst erkannt. Gleichwohl konnte bislang keine Wende zum Besseren bewirkt werden. Bei der Suche nach erfolgversprechenden Strategien und Initiativen wird man nicht wirklich fündig: Weder ist erkennbar, dass die genannten strukturellen Probleme abgebaut werden könnten, noch wie die dahinter stehende kulturelle Dimension zu verändern wäre.

Es läuft etwas schief

Akzeptiert man, dass im Verhältnis zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung etwas schief läuft, dann sind besondere Anstrengungen vonnöten, um dies zu korrigieren. Da angesichts der strukturellen Dimension, die hinter dieser Entwicklung steht, nicht eine Stellschraube ausreichend ist, bedarf es einer konzertierten Aktion in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, um die Attraktivität der beruflichen Bildung wieder ins Zentrum der arbeitsmarktpolitischen Debatte zu rücken. Von selbst und nebenbei lässt sich das Thema einer erneuerten Attraktivität der beruflichen Ausbildung nicht klären. Um es historisch einzuordnen: Die Lage der beruflichen Bildung jetzt könnte bald vergleichbar sein, mit dem was weiland von Georg Picht in den sechziger Jahren für die westdeutschen Länder als „Bildungskatastrophe“ proklamiert wurde.

Warum sich viele schwer tun

Im Kern geht es *einerseits* um eine Imageaufwertung, damit starke Schülerinnen und Schüler für die berufliche Ausbildung gewonnen werden und *andererseits* um strukturelle, betriebliche Reorganisationsprozesse, die dazu beitragen, schwächere Auszubildende in den Betrieben erfolgreich zu integrieren und zu sozialisieren. Obwohl die Gleichzeitigkeit dieser Prozesse und die dahinter stehenden Problemlagen nicht per Knopfdruck bewältigt werden können, gibt es keinen Grund zur Verzweiflung. Denn es kann hier und jetzt schon einiges getan werden.

Offensichtlich ist: Jugendliche selbst, Eltern, Lehrer, Arbeitsagentur und Unternehmen tun sich schwer, bei der

Vielfalt der beruflichen Perspektiven die richtige Wahl zu treffen. Es scheint so, dass nicht nur Reizüberflutung durch unbegrenzte Informationsmöglichkeiten und Fehlinformationen zur Orientierungslosigkeit führen. Man sieht schlicht den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Sozialmilieus bieten kaum noch Orientierung, die Strahlkraft von Institutionen, Parteien und Verbänden scheint verloren gegangen.

In Ostdeutschland haben wir es darüber hinaus mit dem Phänomen zu tun, dass viele Eltern sich mit ihrer Orientierungsfunktion schwer tun, weil sie in den vergangenen zwei Dekaden selbst mit vielfältigen Brüchen in ihrer Erwerbsbiografie konfrontiert waren und die Entwertung bzw. den Niedergang zahlreicher Berufszweige erlebt haben.

Wir kennen in Deutschland etwa 330 verschiedene Ausbildungsberufe. Gleichwohl kaprizieren sich in manchen Regionen 40 Prozent der jungen Menschen auf nur zehn Ausbildungsberufe. Da sie kaum klare Vorstellungen von Tätigkeitsfeldern, Entwicklungsmöglichkeiten und Verdiensten haben, entpuppt sich für viele Auszubildende die getroffene Wahl als Enttäuschung. Das ist auch eine weitere Erklärung für die hohe Zahl derjenigen, die ihre Ausbildung im ersten Jahr abbrechen. Ähnlich hohe Zahlen haben wir übrigens auch bei den Studierenden in den ersten Semestern. Die hohen Abbrecherzahlen bedeuten nicht nur eine ungemeine Verschwendung von Ressourcen, die Unternehmen, Berufsschulen und Universitäten gleichermaßen trifft, sondern auch ein hohes Maß vermeidbarer Enttäuschungen für die Betroffenen.

So wie es aussieht, scheint das Problem nicht darin zu bestehen, dass die bestehenden Informationsangebote nicht wahrgenommen werden. Schon eher, dass ihre Wirkung begrenzt ist. Offensichtlich ist jedenfalls, dass sich die Jugendlichen nicht hinreichend mit dem Berufsbild auseinandersetzen, und somit mehr persönliche Orientierung, Unterstützung und Begleitung gebrauchen können.

Eine neue Initiative

Notwendig sind also Unterstützungsangebote, die frühzeitig einsetzen, um die Gefahr einer späteren Erwerbslosigkeit zu verringern („Prävention statt Reparatur“). Denn die Arbeitslosenquoten von Personen ohne Berufsabschluss sind gegenwärtig mit rund 20 Prozent etwa viermal so hoch wie die von Personen mit mittlerem Bildungsabschluss (rund 5 Prozent) und sogar fast sechsmal so hoch wie die von Akademikern (rund 3,5 Prozent). Kurzum: Beschäftigungsverhältnisse gut qualifizierter junger Menschen sind stabiler.

Sprechen wir also über eine neue Initiative in Brandenburg, die sich da-

rauf konzentriert, Jugendliche vor und in der dualen Ausbildung besser zu unterstützen. Das Arbeitsministerium (MASF) hat gerade ein Projekt geboren, das den Namen „Türöffner“ trägt. Es handelt sich um einen Ansatz, der die persönliche Orientierung der Jugendlichen fördern will. Im „Fachchinesisch“ spricht man auch von einem Mentoring-Ansatz, bei dem Mentoren an den lebensweltlichen und biografischen Bedarfen der Jugendlichen ansetzen.

Brücken bauen

Es geht also um persönliche „Paten“, die das Vertrauen der Jugendlichen haben und so als Gesprächspartner wirken, um gemeinsam Verhaltensmuster auszuarbeiten, die dem Jugendlichen entsprechen und ihn dazu ermuntern, die anstehenden Herausforderungen anzunehmen. Um solche Unterstützung zu organisieren, werden an den Oberstufenzentren des Landes sogenannte lokale Koordinierungsstellen eingerichtet.

Strategisch setzt das MASF damit seine im Kontext „Vorsorgender Sozialstaat“ angesiedelten Projekte der Sozialraumorientierung, wie das „Netzwerk Gesunde Kinder“, für eine weitere Altersgruppe (nämlich der 14- bis 22-Jährigen) fort. Für die erfolgreiche Organisation dieser Projekte werden lokale Koordinierungsstellen (LoK) an den Oberstufenzentren eingerichtet, um die Mentoren/Paten zu gewinnen, sie zu fördern und ihre Einsätze zu organisieren.

In diesem Sinne vernetzt eine solche Koordinierungsstelle, die in der Regel mit ein oder zwei Personen besetzt ist, den Sozialraum. Denn um hinreichend viele geeignete Paten zu gewinnen, ist es wichtig, in der Kommune stark verankert zu sein. Auf dieser Basis ist eine gut vernetzte Zusammenarbeit mit den örtlichen Betrieben, Vereinen und staatlichen Stellen zu gestalten. Ein solcherart funktionierendes Netzwerk will Brücken schlagen zwischen Menschen und Institutionen und als Plattform wirken, um Kontakte mit Menschen in ähnlichen Lebenslagen herzustellen und so eine Ebene für persönliche und berufliche Reflexion ermöglichen.

Erfahrungen Älterer nutzen

Eins-zu-eins-Mentoring (im Gegensatz etwa zu Gruppen- oder peer-to-peer Mentoring) beschreibt eine auf Vertrauen basierende Beziehung zwischen einem erfahrenen Mentor und seinem Mentee, bei der es vordergründig um die Vermittlung von Erfahrungen, der Förderung des Lernens und der positiven Entwicklung der Lebenschancen sowie des Anspornens des Mentees geht. Mentoring bietet so eine neue Ebene der Selbstreflexion für den Mentee durch regelmäßige Treffen mit seinem Mentor und das Ansprechen konkreter Anlie-

gen, aber auch schlichtes Feedback zu persönlichen und beruflichen Vorstellungen.

Letztlich geht es um neue Ansprechwege und Ansprechpartner für Jugendliche. Dass es sich dabei um einen bewährten sozialpolitischen Ansatz handelt ist vielfältig nachgewiesen. Denn während standardisierte Programme den Vorteil haben, zwar alle erreichen zu können, aber zu wenig auf ihre individuellen Präferenzen und Probleme einzugehen, ist dies genau die Stärke von Mentoring-Ansätzen.

Keine Hilfe von der Stange

Es handelt sich um einen niedrigschwelligen Zugang, der durch einen einzelnen Ansprechpartner erreicht werden soll. Durch eine zu entwickelnde Vertrauensbasis soll an der Haltung und Motivation des Einzelnen gearbeitet werden, um dessen Persönlichkeitsentwicklung in der Berufswelt zu fördern. Mit dieser Initiative soll auch verhindert werden, dass soziales Kapital allein vom elterlichen Bildungs- und Finanzhintergrund abhängt.

Mentoring-Ansätze finden in vielen Bereichen Anwendung, etwa in der Nachwuchsförderung innerhalb eines Unternehmens oder im akademischen Bereich. Gegenwärtig werden Türöffner-Projekte in Neuruppin und in Storkow erprobt. Das Türöffner-Netzwerk soll den Jugendlichen Unterstützung und Begleitung beim Übergang von der Schule in den Beruf bieten, perspektivisch aber auch während der Ausbildung bestehen bleiben.

In kaum einem anderen Bundesland ist die Herausforderung im Feld der zukunftsorientierten Fachkräftepolitik so stark wie in Brandenburg. Die Zahl der Abbrecher in der Ausbildung und derjenigen, die am Ende der Ausbildung ohne Zertifikat die Lehre verlassen, ist fast in keinem Bundesland so hoch wie in Brandenburg. Hinzu kommt in den nächsten Jahren ein prognostizierter Rückgang des Erwerbspersonenpotentials von bis zu 50 Prozent. Ursächlich für die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt ist aber nicht nur die demografische Entwicklung, sondern auch ein unzureichendes Attraktivitätsniveau der Ausbildungsplätze selbst. Gemeint sind zu wenige attraktive Ausbildungsplätze und nicht zu vergessen deutliche Differenzen bei der Ausbildungsvergütung zu Berlin etc.

Geht man davon aus, dass die eher boomende Entwicklung in den Metropolen Westdeutschlands dazu führen wird, dass diese auch weiterhin interessante Angebote an ostdeutsche Absolventen richten werden, ist ein absehbarer Rückgang weiterer Abwanderung nicht zu erwarten, eher im Gegenteil. Deshalb geht es bei teilweise verhärteten Hartz IV-Strukturen auch darum, den Jugendlichen Chancen einzuräumen, die schwierig zu motivieren sind.

Dies wird aber nicht „von der Stange gehen“, sondern nur als individuelle Hilfe um zusätzliche Impulse zu erzielen.

Erste Beispiele zeigen Erfolg

Die Türöffner-Projekte sind also genau an der Schnittstelle zwischen vorsorgender und konkreter Politik gegen den Fachkräftemangel angesiedelt. Durch frühe und intensive Interventionen am Übergang Schule-Beruf soll beruflichen und persönlichen Fehlentwicklungen vorgebeugt und für flüssigere und erfolgreichere Übergänge gesorgt werden Das stärkt langfristig nicht nur die Attraktivität vieler Ausbildungsberufe, sondern stabilisiert auch die lokalen Arbeitsmärkte. Gefordert sind aber nicht einfach nur der Staat sondern vielmehr auch die Bürgergesellschaft und vor allem die Unternehmen. Denn nur durch geteilte Verantwortung ist die Förderung selbstbestimmten Lebens möglich und das ist der Kern des Türöffner-Ansatzes als gelebter Praxis vorsorgender Sozialpolitik.

Ferner gilt: Indem die Attraktivität für Ausbildungsberufe sich erhöht, lassen sich nicht nur die lokalen Arbeitsmärkte stabilisieren. Damit wäre auch ein echter Beitrag geleistet, um die wirtschaftliche Zukunft Brandenburgs zu verbessern. Mit dem Projekt „Türöffner“ sollen erfahrene Ältere in die Politik der Zukunftssicherung eingebunden werden. Somit könnte etwa eine lebendige Generationenkooperation entstehen.

Das Ganze wird in unserer „Projektrepublik“ nur funktionieren, wenn dieser Ansatz nicht als eine Konkurrenz, sondern als eine sinnvolle Ergänzung zu bestehenden Aktivitäten und Programmen betrachtet wird. Vor allem ist wichtig: Das Projekt „Türöffner“ ist die konsequente Fortführung des Brandenburger Weges einer lebens- und arbeitsweltnahen Vorsorgepolitik. Die mit dem Netzwerk „Gesunde Kinder“ begonnene Konzeption wird mit dem Netzwerk für die gute Ausbildung in kluger Weise ausgebaut. Beim Vorsorgenden Sozialstaat kommt es nicht zuletzt auf ein besseres Schnittstellen-Management an. Denn es geht darum, die Übergänge zwischen Schule und Beruf besser, erfolgreicher und flüssiger zu gestalten. Die Beispiele in Storkow und Neuruppin zeigen bereits jetzt, dass dieser Ansatz machbar ist: gut für junge Leute, aber auch gut für Unternehmer. ▌

PROF. DR. WOLFGANG SCHROEDER
lehrt Politikwissenschaft an der Universität Kassel und war bis Anfang 2014 Staatssekretär im Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie.

Herausgeber
- Klara Geywitz (V.i.S.d.P.), Klaus Ness
- SPD-Landesverband Brandenburg
- Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Die *perspektive 21* steht für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Der besseren Lesbarkeit halber wurden an manchen Stellen im Text ausschließlich männliche oder weibliche Bezeichnungen verwendet. Diese Bezeichnungen stehen dann jeweils stellvertretend für beide Geschlechter.

Redaktion
Thomas Kralinski (Chefredakteur),
Ingo Decker, Dr. Tobias Dürr,
Klaus Faber,Tina Fischer,
Klara Geywitz, Lars Krumrey,
Christian Maaß, Till Meyer, Klaus Ness,
Dr. Manja Orlowski, John Siegel

Anschrift
Alleestraße 9
14469 Potsdam
Telefon +49 (0) 331 730 980 00
Telefax +49 (0) 331 730 980 60

E-Mail
perspektive-21@spd.de

Internet
www.perspektive21.de
www.facebook.com/perspektive21

Herstellung
Gestaltungskonzept, Layout & Satz:
statement Designstudio, Berlin
www.statementdesign.de
Druck: LEWERENZ Medien+Druck GmbH,
Coswig (Anhalt)

Bezug
Bestellen Sie Ihr kostenloses
Abonnement direkt beim Herausgeber.
Senden Sie uns eine E-Mail.

DAS DEBATTENMAGAZIN

Wie werden wir im 21. Jahrhundert leben? Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst. Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen Debatten unserer Zeit: progressiv, neugierig, undogmatisch. Weil jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht.

Die Berliner Republik erscheint 5 mal jährlich. Das Einzelheft kostet 8,00 € zuzüglich 1,53 € Versandkosten. Die Berliner Republik gibt es auch im Jahresabo für 40,00 € frei Haus. Studierende zahlen 25,00 € frei Haus. Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich.

Jetzt Probeheft bestellen: Telefon (030) 255 94-130, Telefax (030) 255 94-199, E-Mail: vertrieb@b-republik.de

BERLINER REPUBLIK

www.b-republik.de

Seit 1997 erscheint
„perspektive 21 – Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik“.

Wenn Sie Interesse an bisher erschienenen Ausgaben haben, können Sie ältere Exemplare auf unserer Homepage www.perspektive21.de als pdf herunterladen.

Einzelne Exemplare von bisher erschienenen Ausgaben schicken wir Ihnen gerne auch auf Wunsch kostenlos zu. Senden sie uns bitte eine E-Mail an perspektive-21@spd.de.

Zur Zeit sind folgende Titel lieferbar:

Heft 23 Kinder? Kinder!
Heft 25 Erneuerung aus eigner Kraft
Heft 26 Ohne Moos nix los?
Heft 27 Was nun Deutschland?
Heft 28 Die neue SPD
Heft 30 Chancen für Regionen
Heft 31 Investitionen in Köpfe
Heft 32 Auf dem Weg ins 21.Jahrhundert
Heft 34 Brandenburg in Bewegung
Heft 35 10 Jahre Perspektive 21
Heft 36 Den Rechten keine Chance
Heft 37 Energie und Klima
Heft 38 Das rote Preußen
Heft 39 Osteuropa und wir
Heft 40 Bildung für alle
Heft 41 Eine neue Wirtschaftsordnung?
Heft 42 1989 - 2009
Heft 43 20 Jahre SDP
Heft 44 Gemeinsinn und Erneuerung
Heft 45 Neue Chancen
Heft 46 Zwanzig Jahre Brandenburg
Heft 47 It's the economy, stupid?
Heft 48 Wie wollen wir leben?
Heft 49 Geschichte, die nicht vergeht
Heft 50 Engagement wagen
Heft 51 Die Zukunft der Kommunen
Heft 52 Die Zukunft der Medien
Heft 53 Welche Hochschulen braucht das Land?
Heft 54 Quo vadis Brandenburg?
Heft 55 Sport frei!
Heft 56 Wo es stinkt und kracht
Heft 57 Wachsam bleiben
Heft 58 Zwischen Erfolg und Niederlage